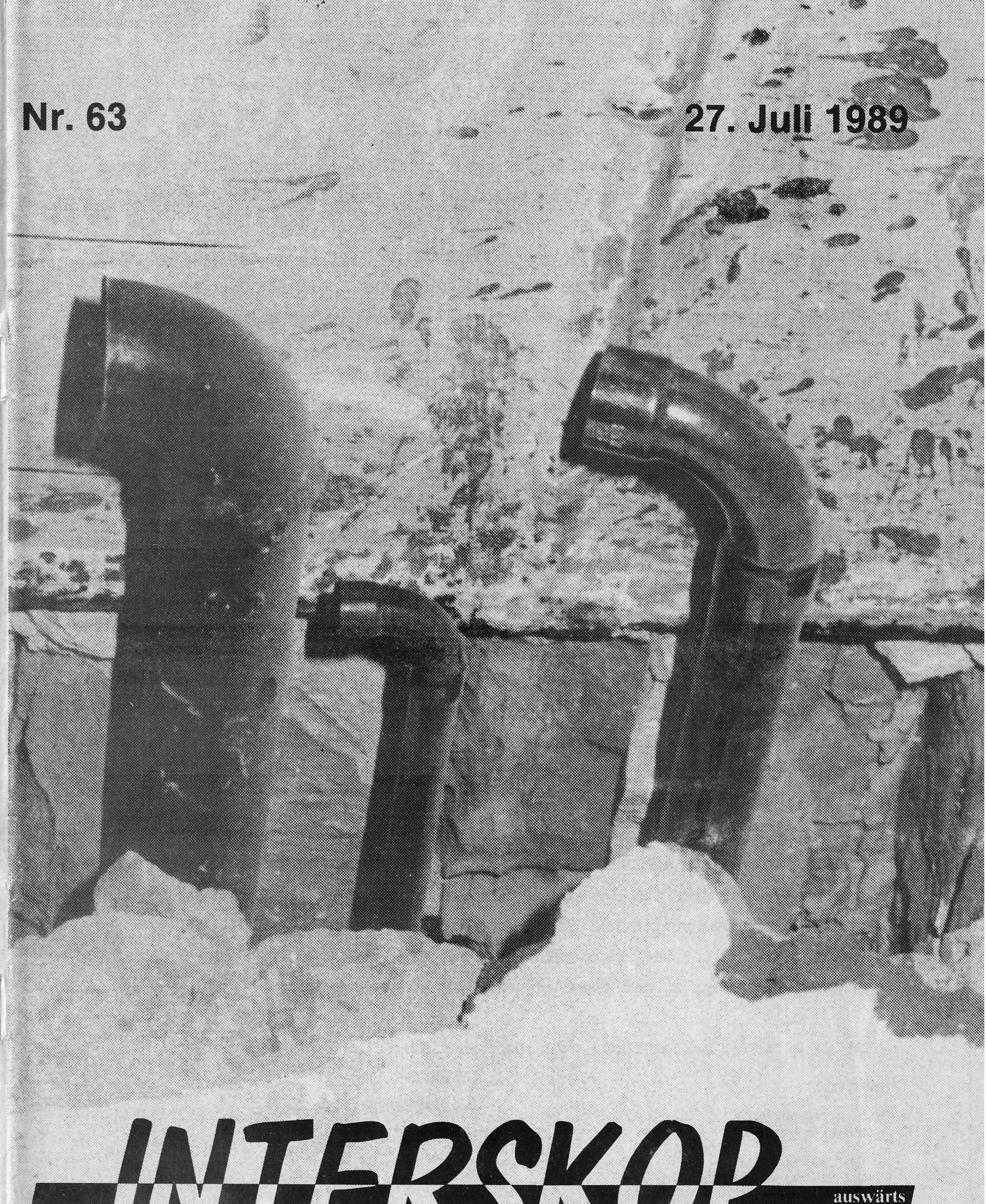


Nr. 63

27. Juli 1989

INTERSKOP

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 2,50 DM

2 DM

VORWORT:

Guten Morgen,
das Ereignis der Woche ist wohl eindeutig die teilweise Räumung der Marchstr./ Einsteinufer durch Bullen und Staatsanwaltschaft; dazu findet ihr in diesem Heft fünf Seiten von den BewohnerInnen. Die Frage stellt sich nun, ob diese Räumung wirklich Ausdruck von internen Machtkämpfen ist (kaum ist Pätzold im Urlaub ...) , oder ob hier nicht eine Arbeitsteilung entsteht: die "Rechten" machen die Drecksarbeit, und die AL'lerInnen und SPD'lerInnen spielen die "Überraschten" und "Hintergangenen", die ihre Hände in Unschuld waschen? Und in ein paar Wochen ist genügend Gras über die Sache gewachsen. Kann die Polizei in Westberlin wirklich eine Aktion mit 700 Bullen am Innensenat vorbei organisieren?
Auf sechs Seiten wird die Antifa-Diskussion um den 8.Juli fortgesetzt, diesmal meldet sich auch die "Antifa-Westberlin" zu Wort.
Das Straßenfest in der Weisestr.war erstmal ja ein voller Erfolg; trotz fehlender Genehmigung wurde die Straße "erobert" und gefeiert. Doch gegen 20.00 Uhr löste der beisende Rauch eines brennenden Dachstuhls in der unmittelbaren Nachbarschaft das Fest in Sekunden auf. Wir hoffen, in den nächsten Wochen noch etwas Genaueres berichten zu können.
Einige Seiten beschäftigen sich nochmals mit der "Shell-Kampagne" - zum großen Teil aus dem "Kassiber", dem Bremer Info, geklaut. Der "Offene Brief an die politischen Gefangenen" in der letzten Interim war übrigens aus der "Swing" (Ff/M).
Ein Flugblatt der "Rastlos-ArbeiterInnen" zu israelischen Produkten im Naturkostbereich drucken wir nicht: entweder ihr wißt wirklich etwas, dann sagt das so, oder ihr spekuliert nur blöd rum. Was soll ein Satz wie: "Importiert werden diese Früchte nach Berlin, wahrscheinlich von den Firmen x, y und z."
Weiter haben wir ein achtseitiges Flugblatt zum Hungerstreik für die ArbeiterInnen im Gesundheitsbereich vom Gesundheitsladen an unseren Ordner weitergeleitet, da es außer dem dokumentarischen Zweck für gute Öffentlichkeitsarbeit und einem schönen Layout nicht viel Neues enthält; außerdem druckten wir schon ein ausführliches Flugi zu dem Thema während des Hungerstreiks.

Briefe, Artikel, Beschwerden, etc. wie immer an:

INTERIM
GNEISENAUSTR. 2a
1000 BERLIN 61

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Eigendruck im Selbstverlag

③

Senat am Strand — Hausbesetzer(innen) auf der Straße



Am 21.7. um 11.00 Uhr sperrte ein Polizeiaufgebot mit ca. 60 Wannen, wasserwerfern, technischen Einheite und zahlreichen Räumfahrzeugen di

MARCHSTRASSE/ EINSTEINUFER

Ohne einen Durchsuchungsbefeh vorzuweisen drangen schwerbewaffnete SEKl zuerst über den Balkon in das Vorderhaus Marchstr.23 ein. Dabei wurden zwei BesetzerInnen verletz Anschließend verwüsteten Krip und SEK unsere Häuser, während wir rechtswidrig in ein bewachten Raum festgehalten wurd Dabei haben sie wahllos unsere Anlage Fernseher und andere Wertgegenstände zerstör

Um andere STraftatbestände als den Diebstahl von Feuerlösche und Staßenschildern zukonstruiere wurden sämtliche schriftlic Unterlagen durchsucht. Gleichzeitig erschienen Gasag bewag und Wasserwerke und stellten Strom und Wasser ab (obwohl wir unsere Rechnungen bezahlt haben

Es wurde immer klarer, daßdiedurchsuchung als Vorwand für unsere Räumung diente. das bestätigte sich, als die "zufällig" anwesende Baupolizei uns mitteilte, daß die drei Häuser wegen Baufälligkeit geräumt werden sollten Das, obwohl z.B. dasVorderhaus Marchstr.23 noch vor vier Monaten bewohnt und seitdem zügig instandgesetzt wurde.

Gewisse reaktionäre Kreise innerhalb von Senat und Verwaltung, die es nicht geschafft haben, uns politisch kaltzustellen, konnten uns nur noch mit Polizeiknüppeln, windigen Bauauflagen und anderen Mafia-Methoden abservieren.

Wer hat bei einer angeblich routinemäßigen Hausdurchsuchung der Kripo die Bewag, diegasag, die Bauaufsicht und die Post gleich mitbestellt?

Die vom Senat beauftragte Senatsverwaltung für Finanzen hat behauptet, mit der Henning von Harlessen GmbH Kaufverhandlungen zu führen. H.v.H.-Geschäftsführer Gallas hat heute behauptet, niemals von ihr angesprochen worden zu sein. Wer lügt?

Warum hat die Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung noch am 17.7. ganz "normale" Verhandlungen mit den BesetzerInnen geführt, obwohl si bereits wußte, daß unsere Räumung bevor stand?

Warum stellte die Einsatzleitung der Polizei von vorne herein eine Räumungseinheit bereit obwohl sie das Ergebinis der bauaufsichtlichen Prüfu doch noch gar nicht kennen konnte?


Nach langem Hin und Her haben sie das Vorderhaus aufgelassen.

Biesentaler 4 kommt!
Hafenstr. bleibt! Nostiz auch!
Solidarität mit der Weisestraße / Lindenstraße -
MIETHAIE ZU PFLUGSCHAREN!

VISDP Wilma Wutz, Marchstr. 23 1/10

Unsere Position ist klar:
Die Häuser waren bewohnbar,
sie sind bewohnbar
und wir werden sie wieder bewohnen.

Die häuser denen, die geräumt wurde



RÄUMUNG DES GELÄNDES MARCHSTR/1STEINUFER
TAGESABLAUF

11°° -bullen vor der tür. 62 wannen, wasserwerfer, massig zivis...

- "offizieller" grund: durchsuchung (wg. straftaten, die von den häuser ausgehen)
- die häuser sind dicht. (leiter hochgezogen, mobile barris aufgebaut...)

wasser im HHabgedreht: das wasser läuft im hof und in den SF keller

11³° - SEKler im VH (übern balkon)
trotz körperlichen widerstand (wir wollen den durchsuchungsbefehl sehen) geland das eindringen im VH


- bewohnerInnen brutal in 1 raum weggeschoben (2 verletzte) "knastaufenthalt im besetzten haus"
- SEKler seilen sich vom VH auf's schuppendach ab und versuchen in den SF zu kommen. erfolglos.
- hof-barris von bullen abgebaut. bullen im hof. durchsuchungsbefehl vom HH/SF aufgefordert. ist aber nicht zu sehen.
- mollis und waffen werden gesucht (O-ton bulle)
- bullen ins HH
- die besetzerInnen gehen auf's dach- dachlucke zugemacht.
- bullen zertrümmern das dach vom SF um auf's HH dach zu kommen
- besetzerInnen werden von SEKler durchsucht, nach draußen geführt, zum teil ein zweites mal durchsucht. personalien werden aufgenommen
- soll "nur" eine durchsuchung sein. "ihr kommt in die häuser wieder rein." (O-ton bullen)!!!!
- bezahlung von HHwasser wird verlangt (angeblich 600 DM) ...und vom burgemeisterin Fr. wiessel aus eigene tasche bezahlt.

- nach 3/4 stunde bullenarbeit ist 1 loch im SF-erdgeschoss. gleichzeitig kommen die bullen von oben. für den "normalen" eingang stellen sich die bullen zu blöd an!
- die bewohnerInnen sammeln sich in der küche und würden über 1/4 stunde nicht beachtet. erst danach werden sie in den hof geführt wo die persos kontrolliert wurden. durchsuchungsbefehl wird erst da gezeigt.

letzte Meldung:
JETZT ROLLT DIE KRIMINALISIERUNGSWELLE:
DER STAATSANWALT BEARBEITET MIT HOCHDRUCK
DAS DURCHSUCHUNGSERGEBNIS, WIR RECHNEN
MIT POLITISCHEN VERFAHREN WEGEN VERBREITUNG
VERBOTENER SCHRIFTEN USW.

ca 13°° -- nach mehreren versuchen verschaffen sich die bullen zugang ins 1steinufer

- die besetzerInnen werden in 1 raum zusammengedrängt und übergabgsweise festgenommen.
- nach personalien kontrolle und 1 festnahme können die leute sich im haus "frei" bewegen
- wasser wird abgedreht
- gebäude baupolizeilich gesperrt
- bewohnerInnen auf der straße



14°° - SF/HH leute vom gelände verjagt
- Hilde Schramm im VH. wir erfahren, daß bauaufsicht, gasag, bewag... "zufällig" auch da sind
- SEKler, bullen, kameras, kripo... rennen durch's haus, nurwir sind nicht informiert was los ist.
- bevor die bewohnerInnen vom VH raus gehen und die persos kontrollieren lassen, fordern sie die zusicherung von burgermeisterin und baustadtrat, daß wir in die gebäude wieder reingehen können. klappt naturlich nicht. findet also im haus statt

15°° - ALLE gebäde sind jetzt gesperrt. 1stein wg. fehlender wohnungstüren und treppengeläder, VH wg. fehlenden fluchtwegen, HH/SF wg. einer 5m tiefen fallgrube
- die kripo hat jetzt feierabend. ein "vorher abgesprochende" sonder-räumungseinheit holt die leute vom VH raus.
- wir können noch durchsetzen ein paar klamoten zu holen, was unter polizei begleitung und brutal abläuft

ca15³° -wir lassen uns (VH) rausholen
- das ganze gelände ist zugesperrt

BESCHLAGNAHMT WURDE: feuerlöscher, 3straßenschilder, werzeug (trotz vorlage der quittungen), fahrräder, flugis und andere unterlage, 1 ampel samt schaltkasten, knastkasse mit 800,-DM, und spendenkasse mit 200,-DM!!!, private adressbücher, leitern, 1 treppe...
ZERSTÖRT WURDEN: kameras, anlagen, platten, fernseher, mobilar, fensterscheiben, HH-dach.....

16°° - besprechung mit anwalt, architekt, baustadtrat, bürgermeisterin, verschiedenen abgeordeten, geschäftsführer von h.v.h (besitzer)...
17°° - dabei kommt raus: 1stein, HH/SF bleiben zu,
- nach langem gelaber wurde das VH, das vor 4 monaten noch vermietet war, vor dem zumauern gerettet
bedingung: fluchtwege frei gemacht (barris weg) ; türen in ordnung gebracht
- sowas änliches ist vielleicht in den nächdten 10 tagen für's 1stein möglich

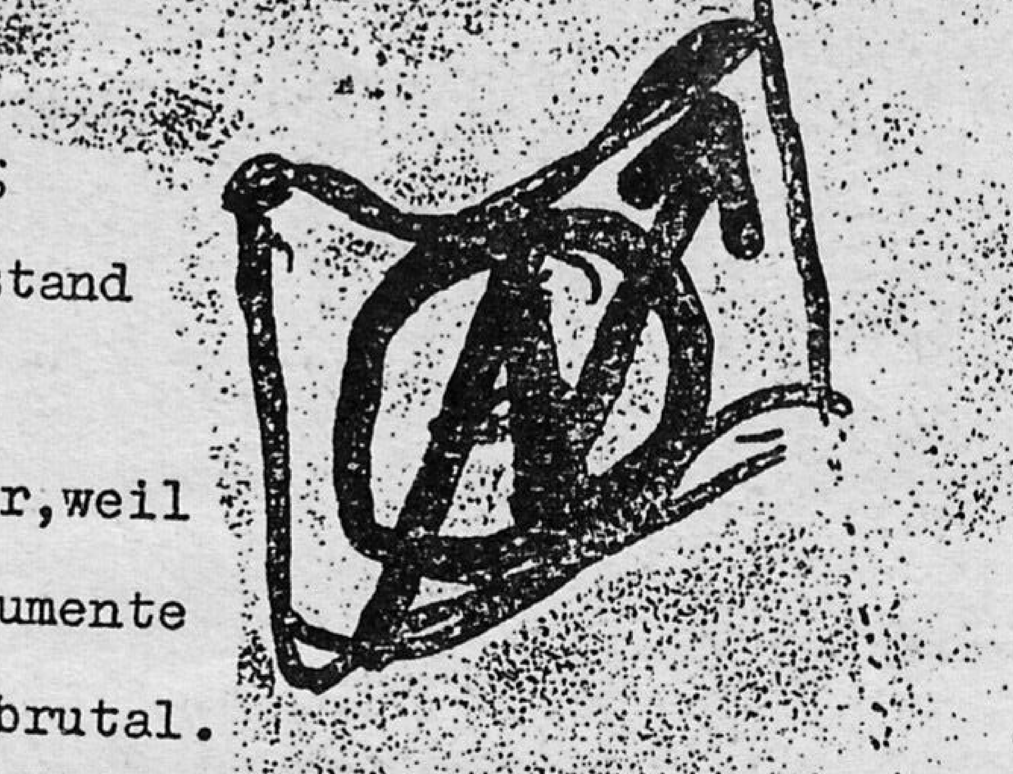
FAKT IST:DIE ABRIßGENEMIGUNG FÜR HH/SF + 1STEIN STEHT (SEIT 5MONATEN)
-DER DURCHSUCHUNGSBEFEHL LIEGT SEIT DEN 10.7. AUF'M TISCH
-VERHANDLUNGEN SIND NOCH GEFÜHRT WORDEN ALS DER DURCHSUCHUNGSBEFEHL AUCH SCHON VON LEUTEN AUS DER VERHANDLUNGSKOMISSION BEKANNT WAR
-WAS WOLLEN BEWAG, BAUAUFSICHT,GASAG,...BEI EINER "NORMALEN" HAUSDURCHSUCHUNG?, 1 SPEZIAL RÄUMUNGSKOMANDO STAND VON VORNE REIN BEREIT...OBWOHL DAS ERGEBNIS DER BAUPOLIZEILICHEN BEGEHUNG NOCH NICHT BEKANNT WAR
-FREITAG = ERST URLAUBSTAG VON VERSCHIEDEN SENATORINNEN (INNEN-JUSTITZSENAT) SOWIE BAUSTADTRAT.....
- SENAT BEHAUPTET KAUFVERHANDLUNGEN ZU FÜHREN, H.v.H(BESITZER) BEHAUPTET NICHTS DAVON ZU WISSEN

Sie lassen uns nichts! Das Wenige, das wir haben, wollen sie uns nehmen.

Warum?

Der Angriff auf unsere Freiräume dient der Zerstörung unserer Perspektiven, um unseren berechtigten Widerstand zu brechen.

Unsere Freiheit ist ihre Angst, sie räumen die Häuser, weil sie den Flächenbrand unserer Idee fürchten. Ihre Argumente sind schwach und verlogen, dafür sind ihre Methoden brutal.



Die Räumung der Marchstraße ist der vorläufige Endpunkt der Kette der Unrechtmäßigen! Räumungen.

Der Räumungsterror im März – bewußte Lügen gegenüber der Öffentlichkeit

Die Räumung der Biesenthaler und des Fränkelufers – Opfer und Täter werden vertauscht, die Spekulationsmafia bleibt ungeschoren

Die Räumung der o0192 – ohne Strafantrag des Besitzers, Menschen, die frühstücken, werden zur allgemeinen Gefahr gemacht, ebenso ein Zelt auf dem Mariannenplatz

Mariannenstr.6 – geräumt, um autonome Frauenzusammenhänge zu brechen

Wagenburg am Bethaniendamm – massive Provokation und Angstmache durch Zivi-Bullen und Faschos

Lindenstr. und Weisestr. – Menschen werden für Prestigeobjekte und Luxusneubau verdrängt

Die Aufzählung ist unvollständig.

Die Zeit ist reif, breit und sorgfältig zu mobilisieren, um unsere hilflosen Reaktionen zu überwinden. Es ist notwendig, daß sich Zusammenhänge solidarisieren, die nicht direkt am Häuserkampf beteiligt sind, aber gegen die Integrations- und Befriedungsstrategien von rot-grün.

KOMMT AM FREITAG, dem 28.7.89 20⁰⁰

ZUR VORBEREITUNGS -VV

IM MEHRINGHOF

SOLIDARISIERT EUCH MIT DEN BEWOHNERINNEN !!!

Jetzt reichts

Her der Weser 39



Wie Ihr Euch vielleicht noch erinnern könnt, haben wir am 1. April zeitgleich zur Neuköllner Kiezdemo die leerstehenden Fabriketagen in der Weserstr. 39 besetzt. Noch am selben Tag räumten die Bullen, nachdem die Kleistpark Hausverwaltung einen Strafantrag gestellt hatte. Die berüchtigte Klingbeil-Gruppe, über eine Briefkastenfirma Eigentümer des Komplexes, reichte drei Tage später hastig einen Bauantrag für ein Aussiedlerhotel ein. Was das bedeutet, wissen inzwischen wohl die meisten: Der Spekulant kassiert pro Mensch und Nacht bis zu 50 DM Senatsknete, die Leute werden auf engstem Raum zusammengepfercht (im Fall Weser 39 sollten es "100 und 'n paar gequetschte" werden). Klingbeils Antrag wurde jedoch abgelehnt, da die BVV inzwischen eine Grundsatzentscheidung gefällt hatte, in 44 keine Aussiedlerhotels mehr zu genehmigen, sondern diese in die Randgebiete von Neukölln auszulagern.

Nun schien sich die Situation zu unseren Gunsten zu verändern: Ein Mensch aus der Nachbarschaft erhielt die mündliche Zusage, die Fabrik mieten zu können. Er selbst brauchte 200 qm für sich selbst und hätte uns und den momentanen NutzerInnen den Rest zu annehmbaren Bedingungen überlassen (3,30 DM/qm, 10 Jahre mit 10 Jahren Option, Wohnrechtsklausel,...)

DOCH DARAUS WURDE NICHTS:
Überraschend nahmen in Klingbeils Auftrag ArchitektInnen eine Begehung vor, um Pläne und den Kostenvoranschlag für ein Rehabilitationszentrum zu erstellen. Einige Tage später platzten die Vertragsverhandlungen, es kommt raus, daß die Etagen klammheimlich für 800000 DM an einen uns noch unbekannten Besitzer verkauft wurden. Einiges deutet darauf hin, daß Klingbeil die Fabrik an sich selber verscherbelt hat und scheinbar vorhat, sie in besagtes Reha-Zentrum umzuwandeln.

Wir haben's ehrlich gesagt jetzt satt, darüber zu spekulieren, welches Nutzungskonzept gerade wieder vorgeschoben und welches Täuschungsmanöver gerade inszeniert wird, um den Leerstand zu kaschieren. Wir wissen, was wir in dem Haus wollen, und zwar jetzt sofort!

**Trotz 100 Tage Laberei –
Häuser her, es bleibt dabei!!!**

Was wir noch zu sagen hätten

Die Reiche 63 a stand nach der letzten Räumung 84 jahrelang leer.Das Fabrikgebäude war abrißbedroht.Heymann & Kreuels wollten ein Novum durchsetzen: den genehmigten Abriß aus Profitgründen.
Seit dem Winter 87 liefen 3 Besetzungen,die jedoch immer schnell durch einen Bulleneinsatz ein Ende fanden.Die letzte Besetzung war im April 88.Einer der Erfolge war,daß das H:aus und v.a. H & K im Rampenlicht des öffentlichen Intresses standen.Der andere -zweifelhafte -ist der,daß sich der Senat des Hauses annahm und wir die Funktion des Trüffelschweines angenommen hatten. Es wurde gesagt,daß dieser Konfliktherd entschärft werden müsse,was sie dann auf Verwaltungsebene machten: Sie fingen Kaufverhandlungen mit H & K an,mit dem Ziel,daß das Haus irgendwann modernisiert würde.Das Pfund mit dem die Eigentümer wuchern konnten,war die Abrißgenehmigung die sie inzwischen erstritten hatten.Damit war die Senatsverwaltung zu weitgehenden Zugeständnissen "gezwungen".
Jedenfalls,in bezug auf das Haus war uns die Initiative entzogen;Bezirksamt, Senatsverwaltung, Verein S O 36 und die Eigentümer kungelten sich an uns vorbei zu der im Moment anstehenden Modernisierungslösung durch. Wir versuchten uns auf dem laufenden zu halten durch Gespräche mit Orlofski und den Fuß in die Tür für die Zeit nach der nun anstehenden Modernisierung zu bekommen. Der Kompromiß (nur Fabrikgebäude + Cafe), auf den wir uns schließlich einließen, ist bekannt; unser Problem war, daßdas Haus instandgesetzt werden mußte, was wir nicht machen konnten und wollten, sondern durch staatliche Stellen gemacht werden mußte, daher waren wir auf sie angewiesen.Der einzige Hebel war und ist "die Öffentlichkeit" (der wir aber heiklerweise nicht viel erzählen wollten, um das Verfahren nicht zu torpedieren) und das wohlwollen der Bezirksfürsten wie Orlowski zu behalten.Schlechte Karten, um eigene Interessen, die ja anders als die der Verwaltung sind, durchsetzen zu können. Erreicht haben wir politische Zusagen auf Bezirksebene und die Gewißheit, daß sie uns über den Tisch ziehen wollen, bzw. uns über den selben schon streckenweise gezogen haben.
So erhielten wir zwar auf dem Stadtteilausschuß im Februar dieses Jahres eine politische Zusage, daß wir als politisches Projekt die Fabrick plus Cafe im Vorderhaus als Mieterinnen mit der Zusicherung erhielten, die grundrißänderungen bestimmen zu können, so wie wir das haben wollten.Der Stadtteilausschuß spach diese Empfehlung (zu mehr ist dieses pseudodemokratische Gremium nicht befugt) an das Bezirksamt aus, obwohl zu der Zeit die Pläne schon längst abgeschlossen und von der WBK bewilligt waren (als Modernisierung mit Besondreheiten, da die Wohnungen im VH Umsetzwohnungen mit"hoher Abnutzung"sind) und dies einigen dre Herren in der Runde bekannt war - eine hochgradige Verarschung!
Um euch eine seitenfüllende Beschreibung über das Hickhack mit den "verantwortlichen" Stellen zu ersparen, hier das vorläufige Ergebnis:
Es sieht so aus daß wir die Fabrik als Mieterinnen erhalten, ob nach unseren Vorstellungen ist noch ungewiß (Veranstaltungsetage, Gemeinschaftsetage, keine 2 Bäder pro Etage etc.).Uns wurde damals zugesagt ,daß wir den "normalen" Mod.mieterinnen gleichgestellt werden -mit 4,4o/4,6o Anfangsmiete pro qm - auch das steht noch in den Sternen.Und das Cafe soll vorerst den Gewerbeumsetzmietern vorbehalten werden, womit wir auch nicht einverstanden sind.

Warum lassen wir uns überhaupt auf dieses Hickhack von Verhandlungen ein?

Wir wollten nicht nur Trüffelschweine spielen und den Abriß mit verhindern und damit Wohnraum erhalten, wir wollten auch HßK ein Schnippchen schlagen. Wobei uns dies nicht geglückt ist:
Zwar hätten sie mit einem Neubau eine größere Profitrate für diese Grundstück gehabt, aber im Endeffekt haben sie jetzt mehr verdient, da sie die gesperrten Mod.gelder für die Quitzowstr. auch noch erhielten und für die Reiche 63a für die letzten jahre Leerstandsgelder d.h. die ihnen entgangene Miete.Das war der materielle Preis für die Verhinderung des ersten rein profitorientierten Abriß (andere Abrisse sind zwar auch, wurden aber immer baulich begründet).

Eine öffentlich geförderte Mod. bedeutet zudem immer, daß das Haus nicht nur zusätzliche Geschichten wie Bäder und Heizung erhält, sondern daß es instandgesetzt wird, d.h. offentliche Subventionen aus Steuermitteln für das Jahrelange verkommen eines Hauses herhalten müssen und H&K hinterher solide, modernisierte inklusiv instandgesetzte Häuser, also vom Staat bezahlte Häuser hat. Deshalb kostet die Mod. der Reiche 63a dem Staat 6,25 Mio. bei einer Eigenleistung von loo ooo.-durch Heymann & Kreuels.
Was ebenfalls Mißmut hinterläßt, ist das Hinterherrennen und das Verhandeln. Du fühlst dich oft genauso gedemütigt und hilflos als wenn du jeden Samstag die Mottenpost kaufst und ne Wohnung suchst und andschließend vorm Mackler/ Vermieter katzbuckelst.Nur mit dem Unterschied,daß wir lange für das Projekt politisch aktiv waren. Diese Erfahrung mußten inletzter Zeit leider alle BesetzerInnen machen. Kritisierenswert daran ist- und da können wir uns an die eigene Nase fassen -daß fast alle dies isoliert und alleine durchziehen, der bestehende Häuserrat könnte in dem Punkt zumindest ne Änderung bringen. ES ist leider so, daß wir im Moment nicht die politische Stärke haben,um in den Genuß des Nichtverhandlertums zu kommen, wenn wir mehr wollen, als nur Besetzen, Räumung, doof gucken und verhandeln. Wir stecken in einem Dilemma, aus dem wir raus wollen.
Wir wollen in den Verhandlungen keine Kompromisse mehr machen.
Wir haben schon einen großen schon gemacht und der reicht uns (indem wir auf das Vorderhaus und den Seitenflügel verzichtet haben, und das ein "Umsetzhotel"wird). Das Projekt ist mittlerweile - anders als zu den Zeiten der Besetzung - ein Projekt unserer Gruppe geworden und nicht das der Szene oder gar des Stadtteils. Das liegt zum einen daran, daß wir alle weiterreichende Erfahrungen mit anderen Projekten und besetzten Häusern gemacht haben, die zwar vorher viele tolle politischen Ansprüche äußerten, sie aber dann in der Praxis nicht einhielten - siehe die vielen legalisierten Häuser, die zu Eigenheimen wurden. Wir wissen , daß wir ein politisches Projekt im Stadtteil machen wollen, <u>mit</u> dem wir auch Politik machen wollen und nicht nur <u>aus</u> dem Wohnzusammenhang heraus. Wir wollen dies in der Praxis zeigen, aber das steht erst nächstes Jahr an.
Deswegen ist es auch schwierig, auf andere zuzugehen und zu schauen, daß gemeinsam mehr Druck geschaffen wird, damit wir bei den Verhandlungen nicht immer den Kürzeren ziehen. Da das Vielen so geht, gibt es zumindest den hoffnungsschimmer, daß wir untereinander soviel Vertrauen entgegenbringen, um uns gegenseitig aktiv zu unterstützen.
Die erste Voraussetzung dafür ist, daß wir den Stand der Verhandlungen von den einzelnen Projekten wissen und nicht nur auf Gerüchte angewiesen sind.
Wir können für uns vorerst festhalten:
Wir werden vorläfig weiterverhandeln, es ist aber denkbar, daß der Punkt kommt, an dem wir wieder andere Mittel und Wege vorziehen, denn...
"schöner wohnen" um jeden Preis sollte für uns alle zu wenig sein.
Und: Die hemmungslose und bedingungslos Enteignung aller Hausbesitzer verlieren wir als Ziel noch lange nicht aus den Augen.

<u>Erfahrungen vermitteln, zur gemeinsamen Stärke und nicht zu Abgrenzungen kommen und endlich wieder Nichtverhandler werden!</u>

i.A. TROTTKE

Blick in die Wohnungs/Bauwirtschaft

Autonomer MieterInnenkampf konkret

Im Clinch:Block 89 contra Mieterladen/S.t.e.r.n./Bezirksamt

Zufällig und über Umwege erfuhren wir von einem aufschlußreichen Konflikt im Modernisierungsgeschäft,den wir hier zusammen mit ein paar Schlußfolgerungen mal vorstellen wollen.Die Affäre hat noch andere interessante Aspekte als den,daß dabei zeitweise der heutige Sektenbeauftragte des Bausenators,E.Jesse als Sprecher des Dresdner Mieterladens auftrat.
Der erstmal banale Kern des Konflikts:Die Hausgemeinschaft Fränkelufer 4 im Block 89 an der Kottbusser Brücke (1/36)wollte die Mieterberatung im Modernisierungsverfahren quasi als "Subunternehmer" des Mieterladens Dresdner Straße selbst machen.Das war bei drei anderen Häusernim Block noch möglich gewesen,aber diesmal lehnte der Mieterladen in Übereinstimmung mit dem Bezirksamt Kreuzberg ab,um nach fast einjährigen nervenden Debatten doch zuzustimmen.

Die Rollenverteilung im einzelnen:

Der Mieterladen Dresdnerstraße.....
wollte zunächst keinen von den Mietern bestimmten Mieterberater beauftragen,weil wegen der erfahrungsgemäß "unprofessionellen" Arbeitsweise für den Laden zwar trotzdem noch Nerv und Arbeit abfiele,aber kein Geld.Vor allem aber gebe es einen neueren Grundsatzbeschluß des Ladens,keine externe Mieterberatung mehr zuzulassen,denn sonst wollte sich ja jede WG selbst beraten,und das würde zu Chaos und Anarchie führen.Und schließlich erfülle man schon auch eine Dämpferfunktion zwischen Mietern und Eigentümern,die wichtig für das Gelingen der Modernisierung sei......

Das Bezirksamt Kreuzberg..........
unterstützte die ablehnende Haltung des Mieterladens gegen Chaos ,Anarchie und selbstorganisierte Mieterberatung,weil letztere auch ihnen sehr unangenehm (in Form von schlampig ausgefüllten Formularen) aufgefallen wäre.Daß man früher sowas zugelassen hätte,läge an den etwas wirren Verhältnissen gegen Ende der Besetzerzeit,aber die wärn ja gottlob vorbei.Überhaupt ließe sich die behutsame Stadterneuerung gegen die Attacken ihrer Gegner nur mittels geordneter Buchführung verteidigen und weiterführen.Auch einen Kompromißvorschlag der Mieter,die Selbstberatung formal über den Laden Waldemarstraße abzuwickeln,lehnte das Amt ab("Rechtsbruch",weil jeder Laden sein festes Vertragsgebiet hat)....

S.t.e.r.n.............
meinte,sie hätten zwar früher diese sogenannte "autonome Mieterberatung "selbst erfunden und propagiert,sähen aber inzwischen ein,daß das Verfahren nicht kompatibel mit den Formularbedürfnissen des Bezirksamts wäre.S.t.e.r.n präsentierte einen von den drei Institutionen gemeinsam ausgetüftelten Kompromiß:Der Mieterladen sollte den offiziellen Teil übernehmen,die Mieter den reibungslosen Ablauf im Haus.Und:Honorarteilung,denn es geht auch um ca 8000 Kröten.....

Die Mieter........
sind von ihren Positionen nicht abgerückt und haben sich schließlich durchgesetzt,d.h.sie beraten und vertreten sich ausschließlich selbst.Damit gibt es im Block nur die besten Erfahrungen,während andere benachbarte Mieter vom Dresdner Laden einfach schlecht,d.h.mietpreistreibend beraten wurden.Auch ein

engagierter Mieterladenberater ist nach ihren Erfahrungen von seinem Zeit-und Energiehaushalt her gar nicht imstande,dem ganzen Pack von Hausbesitzer,Architekt,Handwerker usw Paroli zu bieten.Nicht zuletzt aber war der Hausgemeinschaft auch grundsätzlich eine eigenständige schlagkräftige Vertretung wichtiger als die Vordruxbedürfnisse der Institutionen.Jetzt ist sie vorläufig zufriedengestellt,aber es wurde ihr schon klar gesagt,daß dies der SuperSonderAusnahmefall bleiben soll......

Wir........

finden,daß es nun wirklich exakt unseren Vorstellungen entspricht,wenn jede WG-und nicht nur die-sich selbst vertritt und "berät",und das sollten wir auch durchsetzen.Einer von vielen Gründen dafür:Die Mieter werden bei den Läden oft einfach schlecht,d.h. eigentümerfreundlich beraten.Dies wiederum geschieht nicht aus kriminalsoziologischen oder biologischen Gründen ("Verräter",Schweine"...),nein,ganz einfach:Die Mieterläden finanzieren sich fast völlig über Modernisierungsgelder,kriegen aber z.B. im Modernisierungsverfahren ihr Geld nur bei "erfolgreicher Beratung",also bei einer Modernisierung:
Soll z.B.auf Mieterwunsch in einem Haus eine reine Instandsetzung stattfinden,dann heißt das für den Mieterladen,daß er keine Beratungsgelder kriegt(siehe auch Reichenbergerstr.114).Die Läden sind sozusagen ökonomisch zur mietpreistreibenden Modernisierungsberatung verdammt,oder etwas spitz ausgedrückt:Wir als-ähm-Steuerzahler zahlen dem Mieterberater über das Bezirksamt eine Prämie,damit er uns überzeugen kann,daß der Miethai statt instandzusetzen besser von unseren-ähm-Steuergeldern-"sein Eigentum" modernisiert,und daß es schon o.k. ist,wenn wir dafür höhere Mieten bezahlen.

Weil logischerweise der Unmut über die Läden inzwischen weit verbreitet ist,aber doch noch verstreut oder völlig abstrakt bleibt,sollten wir unsere Erfahrungen damit mal sammeln und bündeln.An dieser lebensnahen Arbeit könnten sich übrigens auch jene GenossInnen beteiligen,die heute noch missionarisch ein pseudoproletarisches Klassenkauderwelsch auf großen roten Druxwerken verkleben,obwohl das Volk schon in den siebzigern derlei altbackene Religionslehrerrhetorik zurückgewiesen hat(weil das dröge Zeug nämlich nicht turnt).

Schaffen wir eine feste Anlaufstelle,bei der Mieter ihre ganz konkreten schlechten Erfahrungen mit den Mieterläden(Eigentümern usw...)loswerden und Tips einholen können.
Sammeln und verknüpfen wir Erfahrungen und Wissen aus den letzten Jahren über Erfolge und Niederlagen im Widerstand gegen Miethaie und Staat.Geben wir diese Erfahrungen in Form von autonomen Mietervertretungen weiter nach dem Motto:Im Kampf gegen Mieterläden,Eigentümer und Staat die Nerven behalten und sich durchsetzen.

Block 89,Abt.Grundsatzfragen

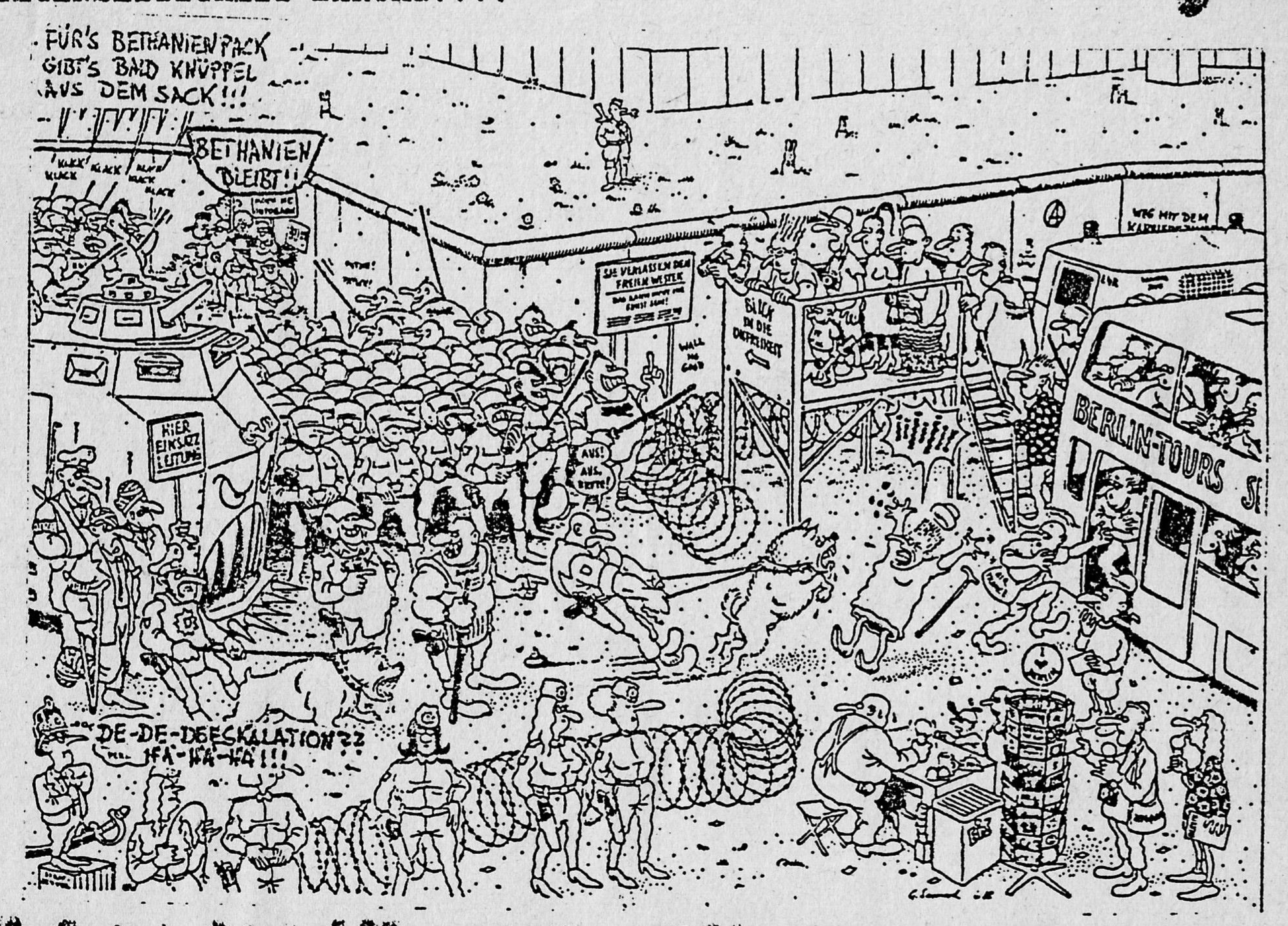
AUFRUF!

Durch die Rücknahme des Ultimatums vom 18.7.89 durch die DDR hat sich die politische Situation um die Wagenburg am Bethaniendamm grundlegend geändert.

Aufgrund des sich anbahnenden Ausstiegs des "Kiezdach e.V." (SO 36e.V. aus der Besetzung hat sich auch das Verhalten von Westberliner Senatsseite radikalisiert.
Seit ein paar Tagen bzw. Nächten laufen massive Provokationen seitens uniformierter + ziviler westberliner Bullen ab und wir rechnen in den nächsten Tagen/Nächten verstärkt mit gezielten Provokationen. Wir sind Wenige und überfordert mit den nächtlichen notwendigen Wachschutz, zumal der Platz sehr abgelegen ist und die Bullen damit ein leichtes Spiel mit ihren Provokationen haben.

DESWEGEN RUFEN WIR EUCH AUF, UNS MIT EURER VERSTÄRKTEN ANWESENHEIT VOR ALLEM IN DEN NÄCHTEN ZU UNTERSTÜTZEN!!!
AB SOFORT JEDEN ABEND VOLXKÜCHE AB 20 UHR!!

SOLIDARITÄT IST KEINE WOHLFAHRT, SONDERN HILFE, DIE AUF GEGENSEITIGKEIT BERUHT!!!!



VOLXKÜCHE TÄGL. AB 20.00!
BETHANIENDAMM HINTER DER KIRCHE AM MARIANNENPLATZ

STELLUNGNAHME DER ANTIFA WESTBERLIN ("AR")

zu den Ereignissen am 8.Juli und drumherum

Es hagelte Kritik........
Wir, die autonome Antifa-Westberlin, können und wollen diese nicht einfach zurückweisen. Im folgenden gehen wir darauf ein:

Antifa-Westberlin hat sich zusammengeschlossen, um gemeinsam und koordiniert kontinuierliche Antifa-Politik auch in Bündnissen zu machen. Dies hat uns in der Vergangenheit immer mehr in die Rolle gebracht zu organisieren, während die "Szene" mit zog - oder auch nicht. Aus dieser Situation haben wir kurz nach den Wahlen versucht, eine breite Diskussion in der radikalen Linken anzufangen. Wir sind nach wir vor der Ansicht, daß der antifaschistische, antirassistische und antisexistische Kampf nicht nur Aufgabe einer Gruppe (Antifa) sein kann, sondern Aufgabe der gesammten Linken ist. Diese Diskussion hat jetzt erst angefangen und für die Zukunft müssen wir die Erfahrungen, die wir bisher gemacht haben (z.B. Bündniss) mehr offenlegen und andererseits die Vorschläge und Meinungen anderer Gruppen gemeinsam diskutieren.

Schon zu Beginn der Vorbereitungen war unsere Einschätzung, daß wir den Parteitag vor Ort wahrscheinlich nicht verhindern können. Aber zumindest behindern oder verzögern, bzw. sich eine Blockade letztendlich am Kräfteverhältnis vor Ort entscheidet. Eine Erstürmung von Schultheiß erschien uns unrealistisch. Zudem hatten wir zu dem Zeitpunkt nie damit gerechnet, daß morgens schon soviele Leute, wie letztlich da waren, auf die Straße gehen würden. Um nicht vor Schultheiß rumzustehen, z.B. nach einer Blockade oder Behinderung, oder damit die Leute nicht irgendwann vereinzelt nach Hause gehen, hielten wir eine geschlossene starke Demo, die einen politischen Inhalt vermittelt - nämlich die Verbindung Bullen-(GESTAPO)-im dritten Reich und REP's und Bullen heute - für sinnvoller und dem erwarteten Kräfteverhältniss gegenüber angemessener. Die Situation im Bündniss war nicht die, daß uns Jusos und DGB über den Tisch zogen, sondern daß das Konzept gegen die Vorschläge von Jusos und Al-Spitze vom Bündniss entwickelt wurde. Die Jusos hatten zunächst vorgschlagen 120 Stände über die ganze Stadt verteilt aufzubauen (nur nicht vor Schultheiß in der Hasenheide) und eine Kundgebung vor dem Reichstag zu machen. Bekanntlich ging das nicht durch, weshalb die Jusos erstmal keinen Einfluß nahmen. Zunächst hatten die sich noch nicht mal dafür entscheiden können, ob sie überhaupt zur Kundgebung mitaufrufen. Es ist natürlich klar, daß so eine Demo für das Spektrum von DGB und Jusos dann die Funktion bekommt, vom Ort des Geschehens wegzukommen um so weitergehenden Auseinandersetzungen aus dem Weg zu gehen. Für uns hieß es aber, nach hoffentlich gelungener Behinderung einen geschlossenen Abzug zu ermöglichen. Das daraus aufgrund der Terminänderung der Rep's nichts wurde, gibt diesem Rückzug natürlich einen schalen Beigeschmack, weil wir auf die Terminänderung nicht angemessen reagieren konnten.

An Ort und Stelle sah es für uns so aus, daß während der zweistündigen Kundgebung außer vereinzelten rangeleien an den Gittern keine Ansätze zu weitergehenden Aktionen sichtbar waren. Deswegen fanden wir es nach wie vor richtig die Demo zu starten. Das dennoch so viele Leute vor

Schultheiß bleiben wollten war für uns erstmal überraschend. Auf der VV tags zuvor war das so offensiv nicht vertreten worden.

Zu den Mutmaßungen und Gerüchten, die in der Interim Nr.61 und in der Nachbereitungs-VV auftauchten wollen wir nur soviel sagen:

1. Das Bündniss besteht aus mehr als nur Antifa-Westberlin,DGB und Jusos, sondern auch aus VVN, SEW, Al-Antifa, Volksfront, türkischen GenossInnen, Kiezbündnissen, Antifa-Jugendgruppen, Stadteilinis usw.. In diesem Bündniss haben DGB und Jusos keineswegs die Oberhand. Vielmehr tauchen sie dort erst seit den Wahlen im Januar regelmäßig auf und hängen sich eher an die bestehenden Aktivitäten ran, als diese selbst zu organisieren.

2. Es war auf dem Bündniss Konsens, daß die Demo nur geschlossen abzieht, es keine Distanzierungen von irgndeiner Aktionsform geben wird und daß die von Jusos und DGB kurz vor der Demo zusätzlich zum notwendigen Meldesystem angeschleppten "Ordner" mit dem Rücken zur Demo stehen werden und nur für ihre eigenen Blöcke zuständig sind. Das selbige Organisationen sich nicht an diese Absprachen hielten und die Jusos sogar eine eigene Presseerklärung zwecks Distanzierung losließen wurde anschließend vom Bündniss verurteilt. Das führte zwar dazu. das Jusos und DGB auf dem folgenden Bündnisstreffen alleine dastanden, sich also isolierten. Durch die starke Beachtung, die sie in der Presse erfuhren, haben sie das Klima für die weiteren Auseinandersetzungen bestimmt, und das leider auch innerhalb der "Szene" (seit wann lügt die TAZ nicht mehr?).

Bei dieser Betrachtung sind nicht diejenigen Unorganisierten miteinbezogen, die sich ebenfalls zwischen die Bullen und Militanten stellten und auch mal vom Lautsprecherwagen Durchsagen gegen die "Provos aus der Demo" verlangten. Wir sind nicht der Meinung, daß es mit der Auseinandersetzung über Jusos/DGB getan ist. So nervig das sein mag (Gewaltdiskussion ächz) kann einer politischen Diskussion über unsere Mittel und Ziele nicht aus dem Weg gegangen werden. Ausschlaggebend dürfte auch hier sein inwieweit es uns gelingt unsere Theorie und Praxis zu vermitteln - z.B. u.a. über das Bündniss.

3. Weiterhin wird uns vorgeworfen, wir hätten mit diesen Ordnern gemeinsame Sache gemacht: Fakt ist, daß einige Leute aus der Demoleitung zeitweise damit beschäftigt waren, diese selbsternannten Demo-auf-die-Reie-KriegerInnen wieder richtig herum zu drehen (also Rücken zur Demo), mit dem Mega zu erklären, warum wir jetzt den gemeinsamem Abzug und die Demo politisch für richtig halten und um zu verhindern, daß sich "Gewaltfreie" und Militante vor den Augen der Bullen gegenseitig auf die Fresse hauen. Es dürfte mittlerweile jeder/jedem klar sein, daß die neue Taktik der Bullen (die sog. "Deeskalation") unter dem rotgrünen Salat auf eine Spaltung in "gute" und "böse, militante" DemonstrantInnen abziehlt. Daß war schon immer so, daß eigentlich Neue daran ist, daß der Druck der Bullen auf die Demos ein Stück zurückgenommen wird und alle DemoteilnehmerInnen umso mehr Raum zur Verfügung haben, um ihre Widersprüche untereinander voll zur Geltung kommen zu lassen. Zwar ist diese Taktik nicht mehr ganz so schmerzhaft wie die EX-Knüppel-hau-Strategie des alten Senats, aber deswegen nicht minder gefährlich. Es zeigt sich auch immer mehr wie groß eigentlich die Hoffnungen sind, die in dieses "Jahrhundertprojekt" gesetzt werden.

Entsprechend reagieren viele Leute auf die Aktionen der radikalen Linken, die als störend und ungerechtfertigt empfunden werden. Die üble Berichterstattung in den Medien im Vorfeld ziehlte schon auf diesen Punkt und hat sicherlich zur späteren Entwicklung beigetragen. Drum ist es auch scheiße diese Konfrontationen vor den Augen der Staatsmacht und vor allem vor der Presse, die die entsprechenden Szenen selbstverständlich auszuschlachten weiß, auszutragen.

Es wird immer eigenverantwortliches Handeln auf Demonstrationen gefordert. Mittlerweile dürfte es bekannt sein, daß Leute, die genialerweise Steine aus der 20. in die 2. Reihe schmeißen und freundlich-umsichtigerweise solche Aktionen direkt neben dem Lautsprecherwagen starteten, angemacht werden. In der Hasenheide war das nicht so klar - einem der nach hinten ging um einen evtl. Flaschenwerfer anzupissen wurde sofort von 3 - 5 Leuten abwiegelei unterstellt. Der Bauwagen, wurde an den Lautsprecherwagenschutz so nahe herrangerollt, daß einige, um den Lautsprecherwagen zu schützen, um den Bauwagen herrumgehen mußten. Auf jeder anderen Demo oder Kundgebung war es normal sich bei Panneaktionen, die eigene Leute gefährden, einzumischen, hier war das scheinbar nicht so.

Bei uns war trozdem klar, daß wir niemanden vor Schultheiß zurück lassen und den Bullen ausliefern, deswegen kehrte unser Lautsprecherwagen um, nachdem sich abgezeichnet hatte, daß etwa 1000 Leute dablieben und die Bullen versuchten diese isoliert einzumachen. Fälschlicherweise wurde das wohl zunächst so aufgefasst, daß es nun erst richtig losgeht. Das die neuformierte Rückdemospitze schließlich sehr schnell allein vor den Bullen stand und die Prügel bezog spricht nicht gerade für die Durchsetzungsfähigkeit der Option "Parteitag angreifen".

Wir werden weiterhin im Bündnis mitarbeiten, aber wir sind dort natürlich nur so stark, wie es unsere eigene Theorie und Praxis ist. Dies weiterzuentwickeln wird in nächster Zeit unser Schwerpunkt sein.

P.S. Grüße and die SchreiberInnen der Kritiken in der 62.Interim.

Ein offener Brief an Teile d.Westberliner ANTIFA

Bündnispolitik heißt Machtpolitik. Diese platte Erkenntnis fand leider am letzten Montag bei der VV zum Rep-Parteitag eine neue Bestätigung. Eine äußerst heikle Situation, in der das Wort Verrat stets unausgesprochen im Raum stand, wurde nicht geklärt, sondern das Mißtrauen durch Euer aggressiv-autoritäres Verhalten eher bestätigt. Mit diesem Brief hoffen wir eine beiderseitige Wende zur Gesprächsbereitschaft zu ermöglichen.

Wonach richtet sich der Stellenwert der einzelnen BündnispartnerInnen im Bündnis?
Die Parteien und Gewerkschaften werfen ihren Apparat, öffentliches Ansehen und Mitgliederzahl in die Waagschale. Die Antifa Westberlin stellt den Großteil der DemonstrantenInnen und hat die 10 000 Leute der revolutionären 1. Mai-Demonstration als Trumpf in der Hinterhand. Damit werden wir von Euch zur Manövriermasse für Eure Bündnispolitik gemacht. Das heißt umgekehrt, Eure Stärke im Bündnis hängt von unserem Willen ab.

Bei der Nachbereitungs-VV zum Rep-Parteitag hat einer von Euch erklärt: "Wir haben zwei Jahre kontinuierlich im Bündnis gearbeitet, unser Konzept, unsere Analyse stellen wir nicht auf irgendeiner VV zur Disposition."
Bei Vollversammlungen der Autonomen erwarten wir jedoch, daß diskutiert werden soll! Wird Diskussion von vornherein ausgeschlossen, fertige Konzepte als unumstößlich hingeballert, so heißt das diesen Modus einseitig aufheben. Das enthebt uns allerdings auch von der Verpflichtung EURE Vereinbarungen einzuhalten.
Eine Vertrauensbasis ist dann nicht mehr gegeben. Wenn das Vertrauen untergraben wird, ist Linke Politik nicht mehr möglich, es muß allein deshalb vorhanden sein, weil nicht jede(r) alles allein machen kann. Zum Beispiel müssen wir Leuten der autonomen Antifa WB vertrauen können, selbst wenn wir an einem anderen Thema arbeiten. So wie Ihr nicht in jedem Gebiet voll drinsteckt und trotzdem zu den Demos gehen könnt.

Spezialisieren ist leider notwendig, aus Spezialistentum Macht abzuleiten ist kleinbürgerlich und konterrevolutionär. Besonders die lautstarken Verfechter des Bündnisses gegen Faschismus, Rassismus und **SEXISMUS** zeichneten sich durch ein Mackerverhalten in Reinkultur aus, das sie für Frauen absolut bündnisunfähig macht.



Die Angst vor dem Faschismus, die Wut über die Faschisten ist groß. Wir haben kein Rezept gegen die Republikaner und haben die 7% nicht verhindern können. Wir haben vieles falsch gemacht und sind immer noch schlampig. Aber es ist keine Rettung sich in die Arme der Reformisten zu stürzen. Deren Konzept in Bezug auf uns Heißt: Benutzen, Vereinnahmen, Einbinden, Kontrollieren und Spalten. Was wir im ganz konkreten Fall von ihnen erwarten können, sind Verrat, Prügel und Knast. Die lange Tradition der reformistischen Politik sollte jedem/jeder bekannt sein.

Wofür stehen die Reformisten im Bündnis?
Der SPD/Jusos mit ihrer langen Tradition von Verrat verdanken wir den § 129a, Kontaktsperre, Berufsverbote etc.
Der DGB steht für das Modell Sozialpartnerschaft, seine Mitglieder fühlen sich von ihm jedoch nicht mehr vertreten und betrachten ihn als Rechtsschutzversicherung.
Die Mittelstandspartei AL steht nach den Wahlen für Häuserräumungen, Abschiebung von Frauen und die Übernahme der Sicherheitsgesetze.
Die SEW gibt sich radikal und schielt auf einen Sitz im Parlament.

Könnt Ihr uns erklären, worin der Sinn bestehen soll, mit solchen Organisationen zusammenzuarbeiten?

Fest steht, daß Ihr mit Eurer Bündnispolitik jetzt unter Erfolgsdruck steht. Ihr habt Euch auf etwas eingelassen, was von vielen Teilen der radikalen Linken abgelehnt wird. Und Ihr seid über den Tisch gezogen worden. Es ist Vertrauen kaputt und ziemlich viel Wut aufgebaut worden. Bedenkt, daß Kritik zwar niedergebrüllt und plattgesülzt, aber gewiß nicht abgeschafft werden kann.
Bündnispolitik ist Machtpolitik, dem Reiz der Macht, auch wenn es wenig ist, sind nicht alle gewachsen.

Bündnispolitik bedeutet daher für uns nicht, ein Bündnis mit Gremien und Funktionären einzugehen, sondern mit Menschen, die aktiv die Faschisten bekämpfen wollen, einen gemeinsamen Kampf organisieren.
Versucht Euch auf die einzulassen, auf die Ihr Euch bezieht. Das wäre eine echte Chance!

Keine Macht für Niemand

KEIN BOCK AUF DOLCHSTOßLEGENDEN

Der Deutschen Liebe zu Dolchstoßlegenden hat jetzt offensichtlich auch Autonome erreicht. In den Texten " Wir gratulieren " und " Wer hat uns verraten..." in der Interim 61 wird die neue Version der alten Geschichte erzählt: Die aufrechten AntifaschistInnen unterliegen vor Schultheiss nicht etwa den 1500 Bullen, der Sieg wird verhindert durch die " Rot-Grünen und ihre HelferInnen ", durch " simple Tricks " und, obergemein, diesmal " sind die autonomen Reformisten den radikalen Antifas in den Rücken (!) gefallen".
Auch wenn wir nicht zur autonomen Antifa gehören, die in den Texten angemacht wird, wollen wir Eure Darstellung der Aktion gegen den REP-Parteitag und Eure Vorstellungen über radikale Antifa-Politik nicht unbeantwortet stehenlassen.
Zur Demovorbereitung: Die Planung und Vorbereitung der Kundgebung/ Demo lief unter der Annahme, daß der REP-Parteitag nur im Vorfeld politisch zu verhindern ist. Die Möglichkeiten, den Parteitag direkt zu verhindern, wurden im Bündnis als schlecht eingeschätzt, weil klar war, das der rotgrüne Senat auf jeden Fall die Durchsetzung des Parteitages ermöglichen würde. Die zugegebenermaßen defensive Planung ist im Zusammenhang mit der Kriminalisierungswelle gegen Antifas seit Anfang des Jahres zu sehen. (Allein während des 20. 4. 80 Festnahmen)
Diese realistische Herangehensweise als eine Planung nach Pätzoldschem Deeskalationsmodell zu bezeichnen ist eine Unverschämtheit.
Zum einen gab es keine Absprachen Militante auszugrenzen, zum anderen sollte keine Akzeptanz für Bulleneinsätze geschaffen werden.
Diskutiert wurde die Verteidigung gegen Bullenangriffe (Ketten, Infosysteme, Stehenbleiben der Demo bei Bullenprovokationen/ Kessel) .
Es sollte keine offiziellen OrdnerInnen, sondern ein gut funktionierendes Infosystem geben. Im Bündnis ist Militanz nicht grundsätzlich ausgegrenzt.
Zum Mobilisierungszeitpunkt: Der Beginn des REP-Parteitages war für 9 Uhr angesetzt. Daß das Bündnis hier zu 8 Uhr mobilisiert hat, war kein " simpler Trick". Die Bereitschaft, den Parteitag bzw. das Eintreffen der Delegierten durch eine Blockade zu verhindern, war da.
Das für einen noch früheren Zeitpunkt nicht genügend Menschen zu mobilisieren waren um eine erfolgreiche Blockade durchzuführen, sollte klar sein. Dies braucht aber einen selbstbestimmt handelnden Menschen nicht unbedingt davon abzuhalten früher zu erscheinen.

8.7.89, 10 Uhr vor Schultheiss an der Hasenheide:
Die Sache ist gegessen: Die REPs sitzen seit ca. 6.30 Uhr drinnen, draußen findet seit 2 Stunden eine antifaschistische Kundgebung statt und die Bullen stehen dazwischen. Zu verhindern gibt es nichts mehr, denn es ist schon voll im Gange.
Für diesen Fall hatte das Bündnis in der Vorbereitung beschlossen, mit einer geschlossenen Demo abzuziehen, um politisch noch etwas rüberzubringen und zu verhindern, daß Einzelne abgegriffen werden. In dieser Situation begannen ca. 30 Militante die Gitter abzuräumen, woraufhin es zu Auseinandersetzungen mit anderen Demo- TeilnehmerInnen kam, die z.T. meinten, sich als Hilfsbullen aufspielen zu müssen und sich den Militanten entgegenstellten. Dabei sind verschiedene beschissene Aktionen gelaufen. Leute, die die Demo mitvorbereitet hatten, reagierten, indem sie eine Kette mit Front zu den Bullen zogen, die inzwischen hinter den Absperrgittern aufgelaufen waren, und,indem sie mit den Militanten über den Sinn eines Angriffs diskutierten.
Es ging nicht darum, Leute am " eigenverantwortlichen Handeln " zu hindern, sondern darum, mit der Situation verantwortlich und realistisch umzugehen. Ein Angriff von 30 Militanten auf den Parteitag war in der Tat aussichtslos. Das diese nicht isoliert waren, hatte nichts mit der Stärke und Anziehungskraft des versuchten Angriffs zu tun, sondern damit, daß die Leute, die stehenblieben bzw. zurückgingen, " verantwortlich " mit der Situation umgingen, das heißt, keine Spaltung hinnehmen, sich nicht distanzieren wollten.Als dann der Abmarsch angesagt wurde, blieben etwa 1000 menschen vor Schultheiss stehen, zum Teil weil sie nicht mitgekriegt hatten, daß die Demo losging, zum Teil weil sie es nicht einsahen vom Fascho-Treffen wegzugehen (womit einige Gruppen, die die Demo mittrugen auch erhebliche Bauchschmerzen hatten), viele Leute blieben aber auch, weil sie einfach niemanden alleine stehen lassen wollten. Das bedeutet aber noch lange nicht, daß sie bereit waren einen militanten Angriff mitzutragen. Der Konflikt innerhalb der Demo war nicht der erste dieser Art. (Wir erinnern nur an die Reagan Demo 87, als die SEW den " schwarzen Block " überholte).
Klar ist auch, daß die bürgerliche Presse diesen Konflikt hochspielt und versucht die Spaltung in Militante und Gewaltfreie voranzutreiben. Dieses Spiel mitzuspielen, die Schwachsinnsaktionen zum Anlaß zu nehmen das Bündnis " von links " zu spalten, würde zur politischen Isolierung der Militanten führen.

Ein Antifaschismus der ernstgemeint ist, darf nicht zahn- und wehrlos sein. Die voranschreitende Organisierung der Faschos zB. der momentane Parteibildungs/stabilisierungsprozeß der Reps kann nicht durch fromme Bitten gestoppt und umgedreht werden (wie hieß das noch...Zer-schlagung). Der faschistische Straßenterror kann nicht durch die " Macht der besseren Argumente " beendet werden. Daher muß ein ernstgemeinter Antifaschismus notwendig auch militantes Vorgehen beinhalten. Die Waffe der Militanz wird aber in dem Moment stumpf, in dem ihr Einsatz nicht mehr politisch bestimmt und schließlich zum Selbstzweck wird. Nicht mehr politisch bestimmt, heißt für uns dann konkret in einer Situation wie vor Schultheiss mit 30 Menschen einen Durchbruch gegen 1500 Bullen zu versuchen. Zum einen, weil von anfang an klar war, daß er nur in einer Niederlage enden wird, zum anderen, weil die Aufgabe die Ihr in "Wir gratulieren " formuliert: " Eine radikale antifaschistische Arbeit muß vermitteln, daß Militanz gegen Faschisten legitim und notwendig ist ", durch solche Aktionen eben nicht gerade gefördert wird. Oder glaubt Ihr im Ernst, daß durch die Gitteraktion auch nur Einer/m die Notwendigkeit von Militanz vermittelt wurde?!

Zum Selbstzweck wird Militanz genau dann, wenn sie ohne politische Bestimmung des Kräfteverhältnisses vor Ort und ihrer Vermittelbarkeit angewendet wird. Nebenbei: Der Mißstand, daß wir zu den Jugendlichen (und nicht nur denen) aus Gropiusstadt keinen Kontakt haben, ist bekannt. Das ist zwar ein Ausdruck vom bejammernswerten Zustand der Linken in dieser Stadt, aber nicht ein Beweiß für Eure Behauptung die "Jammerlinke" habe zu geringe Anziehungskraft für die Gropiusstädter, weil sie zu wenig militant sei. Daß militantes Vorgehen gegen Faschisten legitim ist, heißt nicht, daß es immer und in jeder Situation sinnvoll ist. "Das"Zusammengehen verschiedener Aktionsformen" wird zur Phrase, wenn "eigenverantwortliches Han deln" über die Verantwortlichkeit gegenüber Anderen und der Situation gestellt wird.

"... Sie versuchen die Bewegung zu diffamieren, zu spalten und zu isolieren . Dem können wir nur entgegentreten wenn wir: die Diskussion über die Verantwotlichkeit bei Aktionen führen und auch praktische Konsequenzen ziehen. Das hat mit Aufpasser- oder Ordnungsfunktion nichts zu tun, sondern mit der Verantwortung gegenüber der Bewegung und der Sache. Der Gegner wird versuchen, die Unbesonnenheit und Unerfahrenheit einzelner auszunutzen, um den Widerstand und seine Ziele zu diffamieren." (Aus der Einschätzung der Antifa Westberlin zum 1. Mai)

Auch was die Bündnispolitik angeht, haben wir eine andere Einschätzung als sie in den beiden Papieren vertreten wird.

Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung und ihre schließliche Niederlage gegen den Faschismus sollte eigentlich Beleg genug dafür sein, daß Revolutionäre allein den Faschismus nicht besiegen können, sondern Bündnispartner brauchen. Der Vergleich hinkt, da im Gegensatz zu damals heut keine kampfstarke revolutionäre Massenorganisation wie die KPD allein stehen würde, sondern lediglich ein Häuflein von einigen Tausend schlecht Organisierten. Auch wenn die Antifa- Demos der letzten Zeit deutlich zeigen, daß der Großteil der Leute eben nicht von Jusos oder AL mobilisiert werden, darf nicht dazu verleiten zu sagen, wir könnten auf die Zusammenarbeit mit denen verzichten. Auch messen wir den Wert eines solchen Bündnisses nicht allein an der Anerkennung militanter Aktionsformen, sondern an den Inhalten, die vertreten werden. Und die sind bei dem Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus zwar keine revolutionären, werden aber deutlich eher von der Linken und der autonomen Antifa geprägt als etwa vom DGB. Das zeigt z.B. die Bereitschaft vieler nicht revolutionärer Gruppen sich an den Selbstschutzaktionen um den 20. April herum zu beteiligen. Jetzt aus dem Bündnis herauszugehen, hieße letztlich Pätzold ein Geschenk zu machen: Er müßte nicht mehr darauf warten, daß der reformist ische Teil der Antifa- Bewegung den Dressurakt der Deeskalation mitmacht. Die Autonomen wären endlich dort, wo er und seine Bullen sie haben wollen, in der politischen Isolation.

KEINE PRÄSENTE AN PÄTZOLD!

NO MORE " DOLCHSTOßLEGENDEN " !

FÜR EIN STARKES GESCHLOSSENES BÜNDNIS

GEGEN FASCHISMUS RASSISMUS UND SEXISMUS !

Einige AntifaschistInnen aus der radikalen Linken



Erklärung aus der JVA Tegel

Im Namen der Unterzeichnenden
JVA Berlin Tegel TA II

Berlin 27, den 14.07.89
Seidelstr. 39

E R K L Ä R U N G

In einer Nacht und Nebelaktion wurden alle formalen Regeln (AV zu § 160 StVollzG.) für eine Insassenvertreter-(IVer) Wahl außer Kraft gesetzt. Innerhalb von nur vier Tagen fand eine IVer Wahl, nach den Regeln des Ex Sicherheitschefs - jetziger Teilanstaltsleiter (TAL) Herrn Seider, statt.
Die Kanidaten die sich zum Teil aus der Protestbewegung vom 01.06.89 rekutierten, zum Teil schon im Vorfeld der Wahl von einer Kanidatur zurücktraten, erkannten nach Abschluß des Wahlmodus, daß sie nur als Alibifiguren des TAL gegenüber dem Senat für Justiz , und der Öffentlichkeit benutzt werden sollten. Obwohl allen bewußt war, daß die gewählten IVer unter den gegebenen Umständen nur eine vorübergehende Lösung darstellen können, gelang es einzelnen IVer, eine Strucktur bzw. Konzeption für die Zukünftige Arbeit der Insassenvertretung (IV) zu erkämpfen. Wobei nicht unerwähnt bleiben sollte, daß all dies von Seiten der Hausleitung TAL, sowie der Leitung der Anstalt (AL) mit lächerlichen Tricks sowie Polemisch, boykottiert wurde.
Nachdem der TAL am 13.07.89, im beisein des Anstaltsbeirates, einer Außerordentlichen Vollversammlung der IV beiwohnte, auf der er alle Zusagen hinsichtlich des Forderungskataloges der Protestaktion generell in Abrede stellte, bzw. mit absehbarer Zeit formulierungen ins Jahr 1991 verbannte, erkannten wir IVer, der Wille und die Bereitschaft seitens der Anstalt für eine effektive und Sinnvolle IV Arbeit, ist nicht (noch nicht) gegeben.

Alle bisherigen Schritte der Anstalt, Auf und Zu, (z.B. großzügigere Freizeitgestaltung) lassen heute erkennen, waren und sind eine Hinhaltetaktik um die Protestaktion vom 01.06.89 ruhig zu halten.

Reaktion unserseits (IVer) war und ist der Rücktritt von sieben(7) gewählten IVer, einschließlich die Sprecher der IVer.
Die verbliebenden IVer sind Kanidaten, die als dritte bzw. vierte Wahlmäglichkeit mit einer bzw. 2,3 Stimmen ehemals gewählt wurden, heute als Alibi IVer von Herrn Seider (TAL II) nach außen als funktionierende IVer dargestellt werden.

Nach dieser Erklärung ist es offentsichtlich das es in der TA II der JVA Berlin Tegel einer formal korrekten Neuwahl bedarf.

Uns (die zurückgetretenden IVer) drängt sich der Gedanke auf, daß auch heute in der TA II von der Anstaltsleitung ? Hausleitung ? keine funktionierende Kontrovers arbeitende IV gewünscht wird.

Die Unterzeichnenden sind; die im Vorfeld zurückgetretenden Kanidaten sowie die zurückgetretenden IVer:

Steinig, Kurt
Mohamed El - Khatib
Blumhoff, Ralf
Biedermann, Marius
Hensch, Peter
Meyer,Ralf
Ali-Khan, Mohamed
Kremer,Udo

Claudia Orlowsky und Wolfgang Behling – der Stand des Verfahrens

Am 1.Juni 89 wurde der Haftbefehl gegen Claudia und Wolfgang vom Kammergericht aufgehoben; die Kaution wurde zurückgezahlt. Begründung: Die beiden könnten nicht wegen §§ 129/129a (Unterstützung einer kriminellen/terroristischen Vereinigung) angeklagt und ggf. verurteilt werden, sondern "nur" wegen eines Verstoßes gegen § 40 des Sprengstoffgesetzes, was einen Strafrahmen zwischen Geldstrafe und maximal drei Jahren Knast bedeutet. Da die Lebensverhältnisse der beiden vom Gericht mit mehr Wohlwollen als von der Staatsanwaltschaft beurteilt wurden, gab es auch keine Aufrechterhaltung des Haftbefehls wegen Fluchtgefahr.
Das heißt: Der irgendwann mal zu eröffnende Prozeß vor der 10. Großen Strafkammer des Landgerichtes hat sich zu befassen mit der unterstellten Aufbewahrung von einigen Gramm eines Zeugs, das sich zu Sprengstoff verarbeiten ließe, nicht aber mit irgendwelchen Vereinigungen oder politischen Umständen. Aber:

- Die 10. Große Strafkammer unter Richter Hillebrand entspricht ungefähr dem Kaliber der beliebten Frau Schwarzmann (Richterin u.a. im 11.6.82-Prozeß: 3 Jahre für Landfriedensbruch) und wird sich alle Mühe geben;
- Das Thema "Amazonen" ist zwar offiziell beiseitegeschoben, wird jedoch im Prozeß natürlich präsent sein.

Daß ein Prozeß politisch sein kann, auch wenn nicht § 129/129a oder Landfriedensbruch angeklagt wird, ist ja klar. Ob es das Interesse des Kammergerichtes oder anderer bedeutender Persönlichkeiten war, dem Prozeß die politische Brisanz zu nehmen, indem er so runtergestuft wurde, ist leider weniger klar. Tatsache ist, daß seit letztem Dezember nach und nach der Druck immer mehr zurückgenommen wurde; fingen sie am 16.12.88 noch mit sieben Festnahmen, zwei Haftbefehlen und einem erfolgreichen Schlag gegen den Terrorismus an, so geht es jetzt – nach außen hin – nur noch um das verbotene Aufbewahren von etwas Pulver. Eine plausible Erklärung dafür könnte sein, daß es sich damals vor allem um eine PR-Aktion für den angeschlagenen Verfassungsschutz/Innensenat handelte (was sich ja allen sofort aufdrängte), die ihren Zweck mehr oder weniger erfüllt hatte und jetzt, wo der VS niemand mehr interessiert, still zu Ende gebracht werden soll, ohne zuviel Staub aufzuwirbeln. Möglich ist auch, daß die Verwicklung des VS in Form von Eberhard Benzing nicht so zum öffentlichen Thema werden soll, zumal ja die Gefahr bestünde, daß da auch andere VS-Geschichten angesprochen werden wie z.B. die anderen MEK-Bullen, die als Verfassungsschützer in der Szene rumhüpfen sollen. Denkbar wäre natürlich auch, daß der Apparat keinen Bock mehr hat, nachdem er sich monatelang gegenseitig Beine gestellt hat (Kammergericht – Landgericht, Oberstaatsanwalt – Staatsanwalt etc.) und juristisch nicht gerade vor einem lässig durchziehbaren Prozeß steht.
Ob die Herabstufung nun politischem Kalkül oder staubiger Beamtenlogik entsprungen ist – sie bedeutet eine Atempause, aber nicht Entwarnung. Ein paar Jahre Knast stehen weiterhin im Raum, und trotz aller Abwiegelungen werden die VS-Machenschaften natürlich eine wichtige Rolle im Prozeß spielen. Wir sehen ihm mit Gelassenheit und Spannung entgegen.

Brief von Andreas Semisch zum HS



liebe genoss/innen vom zl-plenum HH-altona !
in eurem veröffentlichten brief an alle gefangenen, die sich am hs beteiligt hatten, werden einige fragen aufgeworfen,welche für eine weitere auseinandersetzung mit uns relevant sind.
der versuch durch eine gemeinsame diskussion die antworten zu entwickeln, ist für mich die weiterführung dessen, was die substanz des streiks war.
das heißt, für uns ist jetzt erst einmal eine konkrete phase abgeschlossen, der kampf für eine zl in große gruppen -für ein politisches kollektiv hier drinnen- jedoch lange nicht beendet. ein kollektiv in all seiner unterschiedlichkeit. und das widerspricht sich nicht, denn wir -als gefangene des widerstands- kommen aus den verschiedensten politischen zusammenhängen, jede(r) mit einer anderen geschichte. ein "antagonistischer Kern", wie die gefangenen der raf das zu sich sagen, sind wir nicht. das müssen wir erst entwickeln. wir sind nicht die einheit aller politischen gefangenen (auch wenn offiziell alles unter der kategorie "raf und widerstand" subsummiert wurde).
Ein falsches Bild, was da (vielfach unbewußt) in den köpfen produziert wurde. und wir können auch nicht vorgeben was wir gerne sein möchten, um dann zu sagen, daß es so ist. von daher war es auch logisch, nicht an einer gemeinsamen abbruchserklärung für alle zu überlegen. dies hätte nicht der realen situation entsprochen, außerdem fehlen auch die materiellen voraussetzungen dafür.
was wir aber wollen ist der politische prozeß als ganzes, und mit euch draußen zusammen. die konkretion unserer wünsche und träume zum politischen ziel. es gibt vieles neu zu überlegen, neue impulse, die alten, ideologischen positionen der aus- und abgrenzung gehören endgültig der vergangenheit an. ballast der geschichte. und trotzdem ein gewagter vorstoß.
es gibt jedoch keine alternative, die staatsschutzwalze der letzten zwei jahre (startbahn, kiefernstr, razzia gegen rz/rote zora) haben uns gezeigt, wie wichtig es ist sich gemeinsam dagegen durchzusetzen.

dennoch ist es nicht richtig gerade dies von der jeweiligen repressionsphase abhängig zu machen. in einer veröffentlichung zu den aktionen gegen das ovg münster/vg düsseldorf steht u.a.: "die repression wird aber nicht im protest gegen die repression selbst gebrochen, sondern durch die verankerung sozialrevolutionärer politik". so einleuchtend wie dies vordergründig und längerfristig erscheinen mag, greift dennoch zu kurz.
wann und wie welche repressiven mittel eingesetzt werden, ist auch immer gradmesser für eben jene verankerung. das kriterium 129 a, mittels dem sie menschen für jahre in den knast bringen können, ist nicht nur die reaktion auf einen angewachsenen widerstand. es ist auch ausdruck einer objektiven schwäche innerhalb der linken, die dann zu einer subjektiven bewußtlosigkeit über das wesen des staates führt. erst der hs, die initiativen dazu, sowie die mobilisierung zu den diversen 129 a-prozessen hat die bislang etwas fatalistische tendenz grundsätzlich aufbrechen können.



denn: was nutzt die (angestrebte) verankerung, wenn die gefangenen aus diesen kämpfen nach jahren zermürbt und gebrochen heimkehren, zurüch zu heim und herd und in den schoß von "vater staat" ? mit dem ergebnis soll längerfristig demoralisiert werden - nach innen und nach außen.
die beste propaganda wird immer noch mit"reuigen" gefangenen gemacht, die den staatstragenden konformismus während der haft soweit veriänerlicht haben, daß sie in ihm jetzt das maß aller dinge sehen (siehe italien).
die beantwortung der obenbenannten fragen kann man nicht den gefangenen allein überlassen.
wir sind keine institution und wir haben auch noch andere bedürfnisse als die ausschließliche politische definition eben dieser bis zum erbrechen. denn es ist nicht nur die politische abteilung in deinem kopf, die eingesperrt ist. linke politik muß sich das zur praxis machen. sie muß (wennsie sich selbst ernst nehmen will) genau dieses problem lösen, und darf nicht der illusion aufsitzen, daß sich das alles durch ein anwachsen sozialer massenkämpfe hier in der metropole und in den drei kontinenten irgendwie von selbst erledigen wird. trotzdem kann eure beschäftigung mit "uns", und unsere mit "euch draußen", nur ein teilaspekt der gesamtgesellschaftlichen mobilisierung mit dem ziel einer grundsätzlichen umwälzung von unten sein. dieser protest muß auf einer gleichberechtigten ebene laufen, er muß auch die selbstkritische reflexion der eigenen politik beinhalten.

vieles an kritik kommt eben nicht hierdrinnen zu uns rüber, teils aus falscher rücksichtsnahme teils auch, weil wir praktische erfahrungen mit diskussionsprozessen nicht machen können; und somit eigentlich sehr wenig aktuell wissen. eine isolietrte diskussion jedoch führt letztendlich zu einer isolierten praxis. wenn gesagt worden ist, daß der mensch im mittelpunkt der auseinanderstzungen stehen muß, so heißt das nicht nur eine neue ebene.
daraus bestimmen sich auch die neuen anforderungen an uns.
der -primär politische- erfolg des streiks hat gezeigt, daß wir hier eine gesellschaftliche kraft sind, die nicht mehr wegzudenken ist. es wäre aber verkürzt uns nur unter dieser prämisse beurteilen zu wollen, denn das nimmt uns den mut auch die schwächen zu leben. diese aber, wie auch die stärken, mitzukriegen, ist die nähe die wir brauchen. dies ist die basis für die konkretisierung gesellschaftlicher gegenmacht auf allen ebenen.
das als realer kern ist notwendig, um uns die längerfristigen politischen interventionsmöglichkeiten zu schaffen. die chancen dieser ganzen destruktivität des kapitalismus, täglich spürbar und erfahtbar, etwas konstruktives entgegenzusetezn. nicht durch die aneinanderreihung verschiedener strategien und positionen. das ist von der substanz her hohl und tot.
den die hüter des heiligen krals politischer weisheit kommen immer dann zu zuge, wenn die entwicklung stagniert und sich emanzipative prozesse ins gegenteil verkehren. die erfahrung im rh/m-gebiet kurz nach den schüssen am 2.11. --ohne kapieren zu wollen, daß der fehler bei uns allen lag.
die erkenntnis dessen war schmerzhaft, aber notwendig.
vieles ist inzwischen geklärt und begriffen, viele fragen aber noch offen.
auch deshalb ist der im augenblick stattfindende startbahnprozeß eines der düstersten kapitel in der geschichte sozialer bewegung.

die Tatsache, daß der druck vonaußen offensichtlich nicht stark genug war, um alle forderungen durchzusetzen... , diese feststellung trifft für drinnen genauso zu. zwar haben sich eine menge sozialer gefangene mit zum teil eigenständigen forderungen dem streik angeschlossen, aber eben nicht genug, es war viel zu seht auf die politischen reduziert. die aufmerksamkeit der linken zu den politischen war auch ihr schweigen zu den sozialen.
knäste allerdings werden größtenteils von denjenigen bevölkert, die die verheißungen des kapitalismus und seiner verkaufsagenturen etwas zu ernst genommen haben. auch wenn der sogenannte "verwahrvollzug" noch die regel ist, bedeutet knast immer auch experimentierfeld für die entwicklung neuer kontrollmechanismen zur erfassung sozialer und politischer lebenszusammenhänge.
die psychologische ausforschung unserer lebensreaktionen bilden das gerüst, eine art vorstufenmodell vor dessen spätere anwendung in der gesellschaft. präventivmaßnahmen, um die erwarteten sozialen widerständein den griff zu kriegen. die konzeption der neuen knäste (wie z.B. in weiterstadt) geht in diese richtung: wohngruppen/selektionsvollzug und andere varianten sozialer isolation.

wir müssen also aufhören in kategorien zu denken.
zur "frage" der militanz: das läßt sich so nicht beantworten und das wißt ihr auch. nicht nur deswegen, weil wir drinnen denen draußen nicht vorschreiben können und wollen was sie tun oder nicht tun sollen.
im prinzip würde jede antwort darauf zum jetzigen zeitpunkt einen ziemlichen automatismus beinhalten. das altbekannte festklopfen allseits bekannter positionen. es ist auch wenig sinnvoll ein für und wider an dem gradmesser einer möglichen spaltung und dem kalkül der herrschenden reden zu wollen.
das wäre die widerholung der wiederholung einer diskussion, die seit x-jahren noch nie zu einem für alle seiten konstruktiven ergebnis geführt hat.
so werden die positionen immer konträr bleiben. das geht nicht an die substanz. sehen wir lieber zu, wie wir diesen begriff neu bestimmen und gemeinsam füllen können, und um da ran zu kommen müßen wir einfach mal über den "druck" reden. gefährlich ist es zu glauben, die vervielfachung eines mittels allein könnte diesen druck erhöhen und somit den durchbruch erzwingen.
von daher beantwortet sich die frage nach dem mehr an militanten aktionen von selbst. sie hätten -für sich gesehen- keine qualitative veränderung gebracht. bestimmte aktionsformen haben in einer bestimmten phase gesellschaftlicher auseinandersetzung eine bestimmte funktion; nicht mehr aber auch nicht weniger.
die frage der gewalt stellt sich den massen (also uns) nie abstrakt oder formal. im prozeß der durchsetzung von interessen taucht sie auf und wird in dem jeweils konkreten zusammenhang beantwortet werden müssen.
wenn man "militante aktionen" als politisches mittel begreift, und nicht als ein militärisches, dann sollten auch immer politische kriterien ausschlaggebend sein. revolutionäre initiativen müssen immer wieder das system, seine widersprüche und unmenschlichkeit entlarven, sie müssen zur praktischen, wenn auch vorerst nur punktuellen überwindung der widersprüche beitragen. alles andere führt zu einer ritualisierung des kampfes - eine erfahrung, die an der startbahn gemacht worden ist - und die letztlich zur katastrophe führte.
so verständlich und nachvollziehbar eine "militanz aus dem bauch heraus"

auch ist (aufgrund der realen lebenssituation hier), so hinterfragbar muß sie bleiben. radikaler widerstand darf nicht zum ersatzterrain für nicht gelebte träume werden.
schon ein phänomen: an einem wasserwerfer, schilderbewährten bullen, oder ganz einfach bauzäunen diverser großprojekte werden mehr "revolutionäre energien" frei, als dies in der erfahrenen unterdrückung des täglichen lebens je umgesetzt werden könnte.
der kapitalismus gerinnt so zur gestaltlosen masse ("schweinesystem"), der rundumschlag dagegen triftet in existenzialismen ab. das wiederum führt zu wahrnehmungsproblemen, blockiert den zugang zu einer auseinandersetzung mit konkreten gesellschaftlichen verhältnissen, und schafft ersatzschauplätze. auch das schaurig-schäne bild des schwarzvermummten autonomen blocks kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das revolutionäre gefühl in diesem (leider) nur von kurzer dauer ist. danach ist wieder der alltägliche frust (arbeitsamt, sozikohle, job) angesagt. es gibt (noch) keine soziale kollektive, die diesen frust zur waffe machen. das verhalten ist vergleichbar mit denjenigen schülern, die in der schule ein transparent zur demo malen, um danach wieder in den unterricht zu gehen. die kritik daran ist die kritik an der widersprüchlichkeit politischer prozesse.

ob es die betongewordenen fakten als monumente imperialer macht, oder die statussymbole konsumorientierter bedürfnislenkung sind: beides wird zur inkarnation des bösen, zur verantwortlichkeit an sich - und somit zum angriffsobjekt per se erhoben. im prinzip ein abarbeiten an äußerlichkeiten: wir können auch nicht jeden tag mit bloßen fäusten gegen die trennscheibe angehen. die radikalität auf der straße und in den aktionen steht dann im krassen widerspruch zu der reaktion in den beziehungen unter uns.
beispiel: "der kampf gegen das patriarchat", mittlerweile darf das ja unter keinem flugblatt und transparent fehlen. wie sich das aber konkret in den jeweiligen beziehungen praktisch umsetzt, ist wieder eine ganz andere frage. theorie und praxis. durch die immer-wieder-transportierung als-politische-forderung verkommt dieser an sich richtige inhalt zur politischen phrase.

so "radikal zu sein wie die wirklichkeit",ist eben doch mehr fiktion als realität innerhalb der bundesdeutschen linken. das ist jetzt nicht die distanzierte position eines gefangenen beobachters, denn es gibt in der geschichte der sozialen kämpfe die ähnliche erfahrung, ähnliche fehler. eine antwort auf die sozialen fragen finden zu wollen, darf nicht dazu führen, in den sog. riots die revolutionäre praxis an sich zu sehen, neben dem alles andere unwichtig erscheint. denn dann wird eine, zwar berechtigte, aber dennoch ohnmächtige handlung zur handlung der ohnmächtigen. ein "tabu" ist dazu da es zu brechen; wenn wir wirklich eine umorientierung und neubestimmung revolutionärer politik in der metropole wollen, müssen wir vor allem auch kritische fragen an uns selbst stellen.
"militant", bzw. "radikal" ist eine lebenseinstellung, nämlich die, gegen die regel zu sein. eine hierarchie der dinge/ formen des widerstands(im kopf) hat darin keinen platz.

16.7.89 andreas semisch

Eine ANTWORT auf die Einschätzung zum HS (INTERIM Nr 60)

"bißchen jammerig" wie es im vorwort der letzten interim dazu heißt, ist ja wirklich sehr zart ausgedrückt.
was wollen die schreiberInnen eigentlich damit? auch setzt sich dadrin, was schon im streik gelaufen ist, fort: dauernd von "der widerstand" zu reden, und sich über diese art von floskeln ein mäntelchen von kompetenz umhängen zu wollen.

alles was im hungerstreik an fehlern, handlungsunfähigkeit und fehlender durchsetzungskraft präsent war, b.z.w. sich gezeigt hat, versucht ihr denen anzulasten, die nicht da waren wo ihr wart.
letztendlich das einzige, was ihr als eure sache seht, ist, daß ihr "diese leute" nicht zur verantwortung gezogen habt, woraus ihr folgt, daß ihr denselben in zukunft "auf die füße treten" und "unbequeme fragen stellen" werdet, was ihr als euer "subjekt zu sein" "wirklich verantwortung übernehmen" verkaufen wollt. echt hart, und wenn es da nicht schwarz auf weiß stehen würde, wäre es kaum zu glauben (so ist es wirklich "leistung und versagen, wie schule).
es gab viele beispiele während des hungerstreiks, wo das machen, machen gegen das bedürfnis von genauer auseinandersetzung, und mit einem ungeheuren druck, der mit der situation der hungerstreikenden begründet wurde, durchgesetzt wurde (und klar drückt das auch die ganze objektive schwäche derer aus, die sich in ihren zusammenhängen anders mit dem streik auseinandergesetzt haben).
jetzt zu sagen, daß "der widerstand versagt hat", also da so eine dimension rauszulassen, aber die dann in ihrer vollen tragweite anderen aufdrücken zu wollen und es für sich selbst im wesentlichen auf verhaltensfehler zu reduzieren, drückt für mich erstmal eine ganz schöne perspektivlosigkeit und sich selbst nicht verändern wollen aus.

gut, es ist immer noch für jede/n die eigene entscheidung das zu wollen, und auch wann, wo und mit wem, aber dann soll auch genau so über die ganzen fragen die in so einer entwicklung auf den tisch kommen geredet werden, und nicht, "der widerstand hat ...".
und was habt ihr bloß mit der bonner demo? klar gab es leute, die wollten in dieser situation lieber was anderes machen oder überlegen, oder hatten einfach mehr lust hier vor die plötze zu gehen, ist doch o.k.! ihr sagt dazu, daß, wer nicht in bonn war, "ein unverhältnis zu den gefangenen ausdrückt" - eine ziemlich alte und hierarchische scheiße ist das.
es gab einfach auch ein ganzes teil leute, das weiß ich aus meinen/unseren auseinandersetzungen, die versucht haben, den streik der gefangenen als anstoß aufzugreifen um auch für sich neue erfahrungen zu machen, und für die dieser abschnitt auch kein "versagen" war.
viele hatten auch seit längerer zeit schon keine lust mehr, immerfort in den alten strukturen, in denen sie sich z.t. jahrelang bewegt hat-

ten, weiterzumachen. viele wollten weg von den kampagnen, vom machen von einem anlaß zum nächsten, weg von dem immer wieder reagieren auf die repressiven angriffe der schweine und die besonderen klopper der imperialisten, und auch von dem anhängen an die kämpfe von anderen (nikaragua, palästina und hier in den knästen...), wollten raus aus dem eingefahrenen. die szene, "der widerstand", das kam uns oft schon vor wie ein kleiner verwaltungsapparat: feste rollen und funktionen, das zähe kleben an großen gähnenden treffen (zusammenhalten der zusammenhänge), wo es immer viel um funktionieren, hinkriegen, die "objektiven notwendigkeiten" für den widerstand ging, aber wenig um uns und neue wege für uns.

klar ist es jetzt auch meine/unsere sache, daß die zl jetzt noch nicht durch ist, und wir uns im hungerstreik nicht durchgesetzt haben. aber jetzt geht es drum da anzusetzen: was hat gefehlt, mir selbst gefehlt, weil es fehlt ja auch für mich, daß die gefangenen noch nicht zusammen sind. da müssen sich alle auch ein eigenes bewußtsein drüber erkämpfen, und klar, gleichzeitig in den eigenen zusammenhängen und darüber hinaus, und nur so kann auch wieder was gemeinsames daraus werden.

Peter und Ayşe haltens Maul

Neue Polizeistrategien gegen SchülerInnen



Nicht erst seit dem 1.Mai 89 tut sich was in Schulen, Jugendzentren und in den Kiezen. Schon immer haben Jugendliche sich in Gangs oder Banden zusammengetan. Doch seit einiger Zeit ist festzustellen, daß viele ausländische/deutsche Jugendliche auf Demos und Aktionen mitmischen.
Dies ist nicht nur uns aufgefallen.
Nach dem 1.Mai 89 hat unter dem Deckmantel, Feldforschung zu betreiben, die Abt. Polizeipsychologie beim Polizeipräsidenten angefangen, ein Spitzelnetz aufzubauen.Was bis jetzt recherchiert und bestätigt ist, ist daß willkürlich einige türkische SchülerInnen herausgegriffen wurden, die aus völliger Unkenntnis der Lage und Absichten der Bullen, zahlreiche MitschülerInnen namentlich benannten, von denen sie glaubten, daß sie an den Ereignissen am 1.Mai beteiligt gewesen seien.
Danach holten sich die Bullen die Zustimmung der AL-Senatoren ein, und suchten ein türkisches Lokal in der Nähe der Schule als Ort der Verhöre. Auf der anderen Seite bauten sie den Kontaktbereichsbullen ein. Dieser schrieb allen namentlich genannten türkischen SchülerInnen ein Brief, der sie in der Woche vom 19.6.- 23.6.89 während der Schulzeit, zur Einstimmung gab es Pizza und Cola, bestellte.
Dort wurden sie verhört und auf Stillschweigen verpflichtet.
Weder Lehrer noch ihre Eltern wurden informiert um was es ging. Die SchülerInnen wurden nicht über ihre Rechte aufgeklärt, ein Dolmetscher wurde ihnen vorenthalten, und sie wissen bis jetzt noch nicht, ob sie Zeugen oder Beschuldigte sind.
In der Schule war aufgefallen, daß ca. 15 SchülerInnen im Unterricht fehlten. Daraufhin fragten LehrerInnen beim Rektor nach, ob diese Ladung des Kontaktbullen korrekt ist. Der Rektor führte ein paar Telefonate, und sagte, daß0 die Sache so okay sei.
(Das Vorgehen spielte sich an der 5.OH Kreuzberg ab)Ähnliches Vorgehen von Seiten der Bullen soll es aber auch an anderen Schulen, nicht nur in Kreuzberg, gegeben haben.

Meldet euch beim Antifanottelefon
(Sa. 16 - 20 Uhr 6921599)oder
Dienstag 16 - 20 Uhr
im Antifacafe Krümelladen
Weserstraße 155.

Kreuzberger und Neuköllner SchülerInnen seid wachsam!
Laßt euch nicht vereinzeln - geht nicht zu diesen Verhören!



- Sofortige Einstellung der als "Pizza-Essen" getarnten Polizeiverhöre!
- Sofortige Offenlegung was der Volksbildungsstadtrat von Kreuzberg und die SenatorInnen gewußt haben - und welche Behörden und Dienststellen mit der Bespitzelung beauftragt waren!
- Sofortige Vernichtung aller in diesen Zusammenhang erstellten Unterlagen, einschließlich der dazugehörigen Personendaten!

Keine Auslieferung von Gerard Hanratty in den besetzten Norden Irlands

In der Nacht vom 30. auf den 31.8.88 wurden in der Nähe von Aachen zwei Iren festgenommen. Schon einen Tag später wurde den beiden von der Generalbundesanwaltschaft (GBA) vorgeworfen, an sämtlichen Aktionen der IRA (Irish Republican Army) gegen britisches Militär in der BRD, den Niederlanden und Belgien beteiligt gewesen zu sein.

Nach ihrer Inhaftierung wurden beide sofort getrennt. Gerry McGeough sitzt in Frankenthal, Gerard Hanratty in Kaisheim/Bayern. Es wurde und wird nicht nach § 129a ermittelt, trotzdem laufen die Ermittlungen über die GBA, war der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe bis zur Anklageerhebung verantwortlich für die Isolations-Haftbedingungen. Nach § 120 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) hat die GBA die Zuständigkeit: *"[...] die besondere Bedeutung dieses Falles im Sinne dieser Vorschriften ergibt sich insbesondere aus der angestrebten Vielzahl von Tatopfern, die im Rahmen einer groß angelegten Anschlags-Offensive der PIRA [Provisional IRA] gegen einen der wichtigsten NATO-Bündnispartner der Bundesrepublik Deutschland ermordet werden sollten. [...]"* (aus der Pressemitteilung des Generalbundesanwalts beim BGH). Der § 120 betrifft hauptsächlich ausländische Gruppen; seine Einführung fiel zusammen mit der Erweiterung des § 129a im Jahre 1987. Für den Justizapparat der BRD werden so die Schwierigkeiten umgangen, beweisen zu müssen, daß eine ausländische revolutionäre Gruppe eine eigene Organisationsstruktur auf dem Gebiet der BRD aufgebaut hat.





Der § 120 GVG machte es möglich, daß beide monatelang unter schärfsten Isolationshaftbedingungen leben mußten: Totale Einzelhaft, Einzelhofgang, Postzensur, Verbot von Gemeinschaftsveranstaltungen; Gerry McG. wurde bis Weihnachten jedesmal gefesselt, wenn er seine Zelle verließ - egal, ob zum Duschen oder zum Hofgang. Die ersten Besuche wurden erst zwei Wochen nach ihrer Festnahme genehmigt. Alle Besuche wurden und werden strengstens kontrolliert. Anwesend sind ein bis zwei LKA-Bullen, ein Dolmetscher und mindestens ein Schließer. Jedes gesprochene Wort wird mitprotokolliert, und der Dolmetscher zerstört durch ständiges Nachfragen auch bei den unwesentlichsten Themen jede sinnvolle Kommunikation. Auch müssen sich beide Gefangenen vor und nach jedem Besuch - auch wenn es Anwaltsbesuche sind - nackt ausziehen, um sich durchsuchen zu lassen (strip searching). Aufgrund dieser unmöglichen Besuchssituation verweigerte Gerry McG. bis vor kurzem alle Besuche.

Seit Beginn des Hungerstreiks wurden die Haftbedingungen zwar zum Schein gelockert, die strenge Isolationshaft aufgehoben - d.h., beide dürfen z.T. an Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen, fernsehen und Kontakt zu einer Handvoll sozialer Gefangener haben - aber es kann trotzdem keinesfalls von einer Aufhebung der Sonderhaftbedingungen gesprochen werden, denn die ihnen zugestandene Form von Kontakt zu anderen Gefangenen bedeutet nichts. Diese Mitgefangene sind von der Knastleitung ausgewählt worden, ihr Verhalten ist angepaßt. Unter dieser Voraussetzung kann sich natürlich kein Vertrauen entwickeln, und da keiner der beiden Iren deutsch spricht, sind sie weiterhin isoliert.

Anfangs wurde offiziell gegen beide wegen unerlaubten Besitzes von Kriegswaffen, Besitz gefälschter Papiere und Mordversuch an BRD-Bullen ermittelt. Allerdings war immer klar, daß es in dem Verfahren um sämtliche IRA-Aktivitäten im Jahr 1988 in ganz Westeuropa ging, auch wenn nicht alle Aktionen in der Anklageschrift auftauchen.

Seit dem 29.5. liegt nun die Anklageschrift der GBA vor und im Herbst/Winter dieses Jahres wird der Prozeß gegen Gerard H. und Gerry McG. am Oberlandesgericht Düsseldorf eröffnet werden.

Im Prozeß werden nicht nur die beiden Gerry's auf der Anklagebank sitzen, sondern die IRA selbst soll als "terroristische Vereinigung" "verurteilt" werden.

Beide werden jetzt verdächtigt, Mitglieder der PIRA zu sein und als solche Angriffe auf Kasernen der britischen Rheinarmee, u.a. auf die "Glamorgan Barracks" in Duisburg-Wanheim, verübt zu haben. Nach dem Anschlag - so die GBA - sollen Gerard H. und Gerry McG. von einer Funkstreife verfolgt worden sein, und aus dem Fluchtauto sollen mehrere gezielte Feuerstöße *"aus zwei Sturmgewehren AK 47 Automat Kalaschnikowa"* abgegeben worden sein. Außerdem soll Gerry McG. ein Fahrzeug, das zur Vorbereitung des Anschlags auf die Offiziersmesse des NATO-Hauptquartiers "Joint Headquaters" in Mönchengladbach diente, sowie den PKW, in dem sich die Bombe befand, organisiert haben. Zu dieser Aktion im März 1987 hieß es immer, es gäbe keine verwertbaren Ermittlungsergebnisse.

Seit Februar gibt es dann noch einen Auslieferungsantrag für Gerard Hanratty, der in den von Britannien besetzen Grafschaften Irlands gesucht wird. Seit Anfang Juni wird dieser Antrag auf seine Zulässigkeit geprüft, und aller Voraussicht nach wird ihm stattgegeben. D.h., Gerry H. wird dann jederzeit, wenn es Bonn paßt, ausgeliefert werden können; wahrscheinlich nach einem Urteil in Düsseldorf, damit alle Ermittlungsergebnisse in einem anderen laufenden Verfahren gegen ihn im besetzen Norden Irlands verwendet werden können. Als offizielle Begründung für das Auslieferungsbegehren dient folgender Vorfall: Im August '84 wurde Gerard H. nach einer angeblichen Verfolgungsjagd in Belfast festgenommen, wobei Waffen und Masken im Auto gefunden worden seien. Ein Jahr lang war er deshalb in U-Haft, kam jedoch auf Kaution raus und erschien nicht mehr vor Gericht. Die Anklage im besetzen Norden Irlands lautet auf "vorsätzlichen Waffenbesitz".

Wir wollen nicht, daß Gerard ausgeliefert wird!

Eine Auslieferung bedeutet für ihn, daß ihn ein hohes Urteil vor einem britischen Besatzergericht erwartet. Wir wollen nicht, daß er für Jahre, vielleicht lebenslänglich, im KZ Long Kesh verschwindet. Nicht nur in den berüchtigten Verhörzentren, auch in den britischen Knästen Irlands erwartet ihn physische Folter. Während der U-Haft in Belfast wurde Gerard H. schon einmal gefoltert: sie ließen ihn durch ein Spalier schlagender Schließer und beißender Hunde Spießruten laufen. Seine schweren Verletzungen wurden tagelang von keinem Arzt behandelt.

Keine Auslieferung von Gerard Hanratty
in den besetzten Norden Irlands!

Keine ruhige Minute für britische Soldaten
- weder hier noch anderswo!

Solidarität
mit dem irischen Befreiungskampf
- für ein vereintes, sozialistisches Irland
ohne EG und NATO!

v.i.S.d.b.P.: Th. König, Uhlandstr. 7, 1000 Berlin 12

VOLXSPORT

HALTEN SIE DIE FRESSE FRAU T.!

die etablierte alternativ-mafia gibt ihr integrationskonzept auf und übernimmt bullenfunktionen gegenüber uns.
der rot-grüne senat erwartet mehr als staatsknete abziehen und funktionärsärsche wundsitzen, sondern aktives auch gewaltätiges handeln gegen die radikale linke.

"....mit welcher hirnrissigkeit hier manche gruppen vorgehen, ohne sich dabei was zu überlegen...."

".... was dieses lausitzerplatzfest betrifft, da kann ich nur sagen ,weil wir gerade von diesem tränengas grad geredet haben, ich habe beobachtet, daß das gas nicht nur von den bullen kam, sondern daß auch gruppen, die ich weis gott nicht für zivis halte, daß die gasgranaten geschmisssen haben und nicht nur zurückgeschmissen sondern sie haben sie aus der tasche gezogen und haben sie angezündet..."
TV-zitat von frau gertrud trisolini zum 1.mai 89

jeden ansatz, uns in die menschenverachtende faschistoide ecke zu stellen, werden wir politisch bekämpfen.

frau trisolini, ex-hausbes tzerin und mitarbeiterin der genossenschaft luisenstadt ist kern eines ansatzes einer alternativen bürgerwehr.
wir haben ihren arbeitsplatz entglast und ihren privatwagen etwas tiefer gelegt, uns mit ihr auf einer ebene beschäftigt, die uns momentan angemessen schien.
jeder und auch jede andere, die sich zum vorreiter alternativen denunziantentums macht, muß wissen, welche konsequenzen das für sie oder ihn hat.
wo genossen/innen denunziert werden, werden wir nicht tatenlos zusehen
P.S. gruß an die hausgemeinschaft von frau trisolini

wir haben eure aussage, euch bei künftigen sozialen konflikten als hilfssbullen zu betätigen, zur kenntnis genommen.
Wer sich wie ein Bulle benimmt,wird auch behandelt wie ein Bulle!!

anti-yuppie-front

Abteilung Volkssport

Verlängerte Öffnungszeiten bei Elefanten-Press

Ein herzliches Vergelt's Gott für die Galleristen von Elefanten-Press für die gelungene Werbe-Aktion im Kreuzberger Stil am letzten Freitagabend. Daß die frischgebackenen Hauseigentümer so freigiebig sind, konnte anfangs niemand so recht glauben.
Ein kräftiges Anklopfen genügte und schon - Sesam öffne dich - konnte zu später Stunde noch manche Bildungslücke geschlossen werden. Ohne Trennscheibe war der Andrang der No-Budget-Gemeinde kaum zu bremsen. Der lesefreudige Mob griff beherzt zur Abend-Lektüre. Im Nu war die Auslage vergriffen. Nur die Rot-Grün-Uniformierten bekamen leider nichts mehr ab.
Aber im Ernst; 150% Mieterhöhung, ist das wohl ein schlechter Witz der TITANIC ? Ein tragisches Mißverständnis, das sich bald aufklären wird ? Mal ehrlich, Habt Ihr das nötig mit einem Alternativ-Kapital von 2,5 Millionen auf Tasche ?
Wir jedenfalls glauben noch an das Gute im Menschen. So erwarten wir nichts sehnlicher als den baldigen Umzug in das alte Domizil in 61 oder das Haus am Checkpoint Charlie.
Da hat mensch wenigstens noch seine Ruhe.

R EAT THE RICH

WIR HABEN AM 14.7 DEN SKLAVENHÄNDLERLADEN IN DER EISENBAHNSTR UND AM 21.7 DEN NAGELNEUEN "ZEITARBEIT" LADEN IN DER WALDEMARSR ENTGLAST.

WIR WERDEN SOLCHEN AUSBEUTERSCHWEINE KEINE RUHE LASSEN!

DO THE RIGHT THING

PROL-POWER 89

Wien TATblatt minus-89-nummer
Juni 89

Belgien:

Der Kampf der Minenarbeiter von Limburg

(zusammen/gekürzt)

Seit 23 Jahren kämpfen die Limburger um ihre Arbeitsplätze.Sie sind unrentabel, sagen die Manager. Sie müssen weg.

Der Manager Thyl Gheyselinck ist seit 1986 Generaldirektor der staatlichen Bergwerksgesellschaft KS ("Kempense Steenkoolmijnen"), der die Limburger Zechen gehören. Er ist hergekommen, um zuzusperren. So lautet sein Auftrag. Vorher war er Manager bei SHELL. Man kann nicht beweisen, daß er heute noch auf der Lohnliste seiner früheren Firma steht. Aber jeder in Limburg ist davon überzeugt. Egal: Auch ohne Schmiergeld ist Gheyselinck ein reicher Mann. Er erhält vom Staat ein Jahresgehalt von 30 Millionen belgischen Francs (etwa 10 Millionen Schilling).



Fest steht, daß SHELL die Kohlenminen weghaben will. Und daß Gheyselinck genau das tut, was SHELL von ihm verlangt. SHELL hat den Kohlenhandel in der Hand. SHELL führt Kohle aus Südafrika nach Belgien ein, und hat an der belgischen Küste eine eigene Hafenanlage dafür gebaut. Billige Kohle- aus einem Land, wo man den schwarzen Bergarbeitern Hungerlöhne zahlt. Das ist rentabel. SHELL hat auch von der belgischen Regierung die Abbaurechte für Erdöl und Erdgas erworben, wovon man in Limburg große Mengen zu finden hofft.

Thyl Gheyselinck hat einen Plan gemacht, was mit Limburg geschehen soll. Den "ERC-Plan" (ERC = Educatief Rekreatief Centrum). Wo die Bergwerke waren, soll ein riesiger Freizeitpark entstehen. Ein Wunderland der Technik, ein Disneyland. Vier Millionen Menschen pro Jahr sollen den Park besuchen. Das Projekt kostet 30 Milliarden belgische Francs und angeblich soll es 4000 neue Arbeitsplätze bringen. Vor allem Saisonarbeitsplätze für Frauen: Verkäuferinnen, Serviererinnen in den Raststätten und Hotels. Unter der Erde, in den früheren Minen, soll der Atommüll gelagert werden, aus den Kernkraftwerken ringsum.

Bei der Mine Zwartberg hat der Kampf vor 23 Jahren, 1966, begonnen und endete mit einem Kompromiß. Zwartberg wurde im folgenden Jahr stillgelegt, aber der König schloß mit den Arbeitern im Februar 1967 einen Vertrag. Er versprach, daß keine der fünf anderen Minen (Beringen, Zolder, Eisden, Winterslag und Waterschei) geschlossen wird, bevor in Limburg neue Industrien entstanden sind. Diesen Vertrag versuchten die belgischen Regierungen immer wieder zu brechen. Immer wieder sind sie am Widerstand der Arbeiter gescheitert.

Als der Gheyselinck-Plan in den Zeitungen stand, traten die Arbeiter (ca.15000) der fünf Minen in den Streik. Viele Wochen lang, im Frühjahr 1987. Sie schlossen sich zur "Mijnwerkersfront" zusammen und kämpften ohne Unterstützung der Gewerkschaften, deren Führer sich mit der "wirtschaftlichen Notwendigkeit" abgefunden haben. Der Streik endete mit einem Mißerfolg: drei Minen (Eisden, Waterschei und Winterslag) wurden stillgelegt. Die Arbeiter wurden vor die Wahl gestellt: Freiwillig zu gehen, mit Prämien und Frühpension - oder bis zum Jahr 1996 zu bleiben. So lange wollte die Regierung die Arbeitsplätze in den letzten Minen garantieren. Viele sind gegangen. Und jetzt bricht Gheyselinck sein Versprechen. Widerruft den Kompromiß. Die flämische Regierung billigt seinen "Aktualisierungsplan": Die Minen werden nicht erst 1996, sondern spätestens 1992 stillgelegt. Aus diesem Grund kämpft zur Zeit die auf ca.5000 Arbeiter geschrumpfte Belegschaft um ihre letzten zwei Minen, die den Plänen der multinationalen Konzerne im Weg stehen.

Aktionstag - 10. April

Die ganze Belegschaft fuhr nach Hasselt, in die Hauptstadt der Provinz. Es war nicht die Gewerkschaft, die zum Aktionstag aufrief, sondern die Vereinigung der "Opzichters", der Aufseher und Vorarbeiter, unter der Führung von Michel Dylst. Die Polizei versuchte die Brücke über den Albertkanal zu sperren. Die Arbeiter brachen durch mit dem Ruf: "Gheyselinck buiten!" (Gheyselinck hinaus!) stürmten sie die Stadt. Sie eroberten den Bahnhof, setzten sich auf die Schienen, blockierten auch die Schnellstraße - der ganze Verkehr war lahmgelegt. sie zogen zur KS-Zentrale in Houthalen, sie war von der Polizei schwer bewacht. Übers Eingangstor hängten sie ein großes Transparent: "Gheyselinck Bedrieger!" Dann zogen sie sich in die Minen zurück.



Die Schlacht von Houthalen

Für den 24. April 1989 kündigten die Arbeiter den Marsch auf Brüssel an. Dort warteten 3000 Gendarmen und 600 Mann Sonderkommandos vor dem Parlament, 400 Soldaten und Gendarmen beim Nordbahnhof. Die Arbeiter hatten einen Sonderzug nach Brüssel bestellt, doch sie kamen nicht. "Man hat uns mutwillig in die Irre geführt!" rief der Innenminister Tobback empört. Die Arbeiter fuhren nicht nach Brüsssel, sondern nach Houthalen zur Generaldirektion der "Kempense Steenkoolmijnen". Dort war fast keine Polizei und auch Gheyselick war leider nicht da. Die Arbeiter stürmten das Gebäude, zertrümmerten die Fenster, warfen Aktenbündel heraus und zündeten sie an. Sie beschlagnahmten einen Bulldozer, bauten Barrikaden, ein Lastwagen lud eine Fuhre Sand auf der Schnellstraße ab und blockierten so den Verkehr. In aller Eile zog die Polizei Verstärkung aus Brüssel mit Wasserwerfern und Tränengas heran. Drei Arbeiter erlitten Schädelbrüche. Einem wurde von einer Tränengasgranate die Kniescheibe zertrümmert. Zwei Arbeitern brach die Polizei mit Schlagstöcken die Beine. Die Arbeiter schlugen zurück mit Knüppel und Eisenstangen. Sie hatten auch einen eigenen Sanitätsdienst, der mit roten Kreuzen an den Helmen gekennzeichnet war. Dreimal haben Polizisten geschossen, wobei zum Glück niemand getötet wurde. Die Polizei verlor viel Material und hatte auch einige Verletzte.

Im offenen Kampf, am 10. und 24. April, behielten die Arbeiter zweimal die Oberhand. Sollte sich das wiederholen, drohte Gheyselinck, die Arbeiter auszusperren.

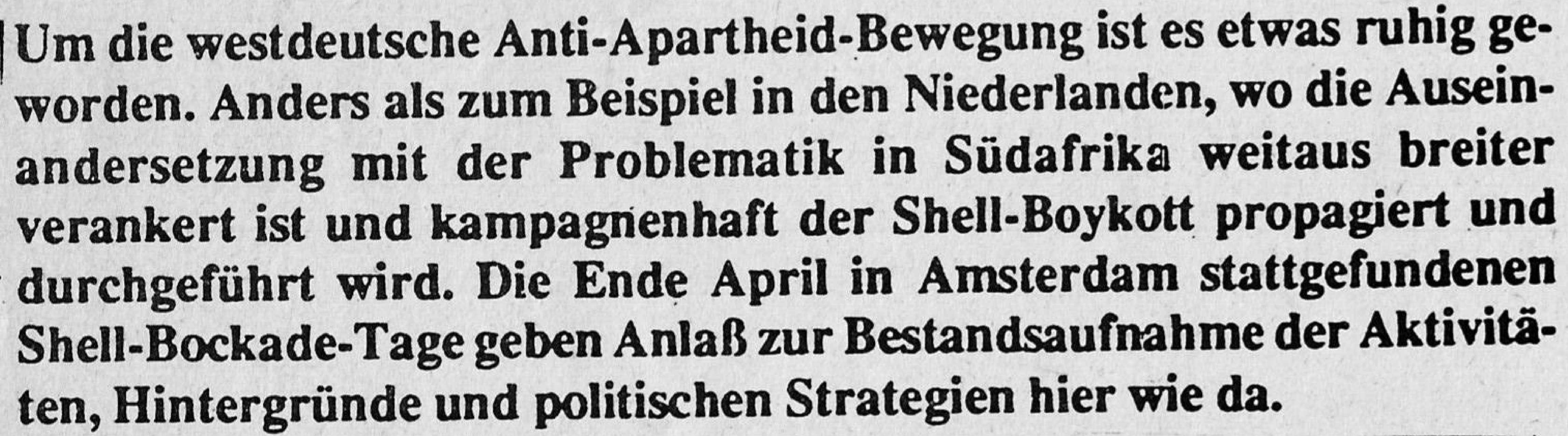
Michel Dylst in einem Interview: "Die Wut der Minenarbeiter haben wir nicht verursacht, sondern Thyl Gheyselinck und die Minister durch ihren Wortbruch. Wir schicken die Arbeiter nicht in den Kampf, sondern die Menschen sind jetzt bereit, bis zum Äußersten zu gehen. Sie sagen: Wenn schon Opfer fallen müssen, dann hoffentlich nicht auf unserer Seite.... Der Ball liegt nun bei den Politikern. Entweder sie ändern ihre Beschlüsse - oder es werden Aktionen kommen, wie man sie in Belgien noch nie gesehen hat. 1987 waren wir 15000, jetzt sind wir nur mehr 5000 - und doch sind wir stärker. Die Quantität ist geringer, aber die Qualität, die Motivierung, die Aktionsbereitschaft ist 200%!

Die Menschen in Österreich und in anderen Ländern können sich ein Beispiel nehmen an diesem Kampf. Es geht nicht nur um die Minen, sondern um einen Schlag gegen die Politik der Multinationalen. Entweder sie - oder wir.

SPENDEN FÜR LIMBURG
Postscheckkonto 000-1013744-94 (Belgien, Hasselt)
Vermerk: Unterstützung gegen Minenschließungen,
für: Vriendenkring Zwartberg - Limburg
Spoorwegstraat 72, B - 3500 Hasselt

Shell in Südafrika - Kill a Multi !

kassiber nr. 3 juli 1989



Um die westdeutsche Anti-Apartheid-Bewegung ist es etwas ruhig geworden. Anders als zum Beispiel in den Niederlanden, wo die Auseinandersetzung mit der Problematik in Südafrika weitaus breiter verankert ist und kampagnenhaft der Shell-Boykott propagiert und durchgeführt wird. Die Ende April in Amsterdam stattgefundenen Shell-Bockade-Tage geben Anlaß zur Bestandsaufnahme der Aktivitäten, Hintergründe und politischen Strategien hier wie da.

Als die Anti-Apartheid-Aktivitäten in Südafrika (S.A.) Mitte der 80er Jahre einen letzten vorläufigen Höhepunkt hatten, regte sich auch hierzulande nochmal einiges in alten und neuentstehenden Solidaritätsgruppen. Das hat sich verändert: UnterstützerInnen und Medien haben sich "beruhigt" und "Spannenderes" entdeckt; Polizeiaktionen, Organisationsverbote, Todesurteile durch das Apartheid-Regime rufen nicht mehr die Empörung wie vor 4 Jahren hervor. So wird vor allem praktische Arbeit geleistet, Materialsammlungen werden durchgeführt, Demos und Mahnwachen vor Banken organisiert, über parlamentarische Initiativen wird versucht, Druck auf die apartheidstützenden Instanzen in der BRD oder direkt auf das südafrikanische (s.a.) Regime auszuüben. Inzwischen gibt es bescheidene Versuche, den Shell-Boykott auch in deutschen Landen populär zu machen. Grundproblem ist bei alldem nicht so sehr die Bewußtseinsbildung: bis in konservative Kreise geht die Ablehnung der Apartheid und die Einsicht in die Notwendigkeit, daß Veränderungen herbeigeführt werden müssen (abgesehen von der politischen Bestimmung dieser Veränderungen). Praktische Konsequenzen hat dieses Bewußtsein allerdings wenig.

Nun ist Shell nicht der einzige multinationale Konzern, der mit seinen Geschäften dem Apartheid-Regime beim Überleben hilft. Auch Mobil Oil, BP, Caltex, Total, um nur einige aus der Brennstoff-Branche zu nennen, sowie eine ganze Reihe westdeutscher Banken und Industrie-Multis (auf die wir später kommen) stecken mit drin. Insgesamt wichtig deshalb die Klärung der Frage, was gerade Shell zum geeigneten Objekt von Boykottmobilisierung macht. Deshalb vorab ein Blick auf die

ROLLE VON SHELL IN SÜDAFRIKA

Der britisch-niederländische Konzern ist mit 1,5 Mrd.Mark jährlich (1988) der größte ausländische Investor im Rassistenstaat. S.A. verfügt über keine eigenen Erdölvorräte, Importe sind deshalb die wirtschaftliche Achillesferse des Landes. Shell hält 14-16% der Ölversorgung, darin 18% der Benzinversorgung Südafrikas in Händen. Mitte der 70er Jahre einigten sich die erdölexportierenden Länder auf ein Ölembargo gegen den Apartheid-Staat. Shell (wie einzelne OPEC-Länder) brach systematisch das Embargo - und profitierte. 1980 verdiente der Öl-Gigant allein an Sonderprämien, die S.A. für den treuen Importeur ausschüttete, 300 Mio.Mark. Auch in der ölverwertenden Industrie hat Shell eine Schlüsselposition. Die größte Raffinerie auf dem Kontinent, die zu je 50% Shell und BP gehört, verarbeitet Öl zu Benzin, Flugzeugbrennstoff, Diesel, Heizöl und Teerprodukten. Shell betankt damit nicht nur Militärfahr- und -flugzeuge aller Art, Shell kooperiert auch mit der s.a. Waffenindustrie, Europas größter Konzern fördert Zink-Blei-Erze und Wolfram-Zinn-Erze. Wolfram ist ein wichtiger Legierungsbestandteil bei der Waffenproduktion.

1985 entdeckten Umweltorganisationen, daß Shell S.A. Dieldrin in der Chemiefabrik Durban produziert und in verschiedene Nachbarländer exportiert. Dieldrin ist der Nachfolger von DDT auf dem Pestizid-Markt, der Gebrauch des hochgiftigen Stoffs ist nahezu in allen westlichen Ländern und in S.A. verboten.

Shells zweites ökonomisches Standbein im Land ist nach dem Ölimport der Kohleexport. Kohle ist der 2.größte Devisenbringer des Landes. 1987 erledigte Shell 20% des s.a. Kohleexports.

Shell stärkt also nicht nur ökonomisch das Kap-Regime, es unterstützt direkt den Gewaltapparat des Staates. Räder müssen rollen für die Aufrechterhaltung des Systems - in die Townships, aber bis heute auch nach Namibia, Angola, Mozambique. Etwa 20% des von Militär und Polizei verbrauchten Treibstoffs kommen von Shell. Die Firma liefert die für die Herstellung von Napalm, Nervengas und anderen chemischen Waffen notwendigen Grundstoffe an die Armee. Großzügig bezahlt sie ihren weißen Angestellten das volle Gehalt auch für die Zeit, in der diese, zu Wehrübungen eingezogen, auf Schwarzen-Jagd gehen.

"Wir versuchten, mit Shell zu verhandeln, doch sie weigerten sich", berichtet James Motlatsi, der Präsident der s.a. MinenarbeiterInnen-Gewerkschaft vor der Shell Aktionärsversammlung in Den Haag, Mai 88, "Shell ist nicht an Demokratie in Südafrika interessiert. Es liefert Öl an eine Regierung, die unschuldige Frauen und Kinder in den schwarzen Townships tötet ... Shell muß Südafrika verlassen, das ist der einzige Schritt in die richtige Richtung". Shell ist der größte in S.A. operierende Multi. Für die Ökonomie des

Apartheid-Staates ist sein Engagement von zentraler Bedeutung. Shell S.A. gehört mit einem Jahresumsatz von ca. 4,5 Mrd.Mark zu den 20 größten Firmen des Landes. Selbst der s.a. Shell-Chef gibt zu, daß die AAB für einen Boykott "unter strategischen Gesichtspunkten kein größeres und besseres Objekt hätte auswählen können".

Über die genannten Aktivitäten hinaus ist das Engagement von Shell im Gentechnologie-Sektor erwähnenswert. Denn Shell ist der weltgrößte Saatguthersteller und 4.größter Pestizid-Produzent. Seit Jahren versorgt der Konzern den armen Teil der Welt mit Hybrid-Saat für die wichtigsten Nutzpflanzen. Dabei wird im Doppelpack verkauft: Saat und Pestizid, denn die angebotene Pflanze ist in ihrer biochemischen Zusammensetzung nur gegen Shell-Pestizid immun.

SANKTIONEN UND BOYKOTT

Nachdem die schwarzen BewohnerInnen in S.A. in den letzten Jahren klar gemacht hatten, daß die Zukunft des Landes ohne ihre Gestaltung nicht mehr denkbar ist, mußte auch die westliche Welt - bis dato offenbar zufrieden mit den Zuständen - umdenken. Im nichtstaatlichen Bereich verbreiterte sich zusehends eine Solidaritätsbewegung in allen Schattierungen. Staatlicherseits wurde über Sanktionen diskutiert. Bereits 1979 hatten die OPEC-Länder einen Lieferboykott beschlossen, der jedoch gebrochen wurde. Auch die UN-Vollversammlung forderte mit großer Mehrheit wiederholt den Ölboykott, scheiterte dabei aber an Frankreich, Großbritannien und den USA, von denen letztere 1986 für das eigene Land ein Sanktionsgesetz verabschiedeten. Der sich hier andeutende Widerspruch ist nur scheinbar; eher der innenpolitische Druck (v.a. der Gewerkschaften) und die Angst vor einer zunehmend revolutionären Entwicklung in S.A. als Einsicht und Mitgefühl ließen die US-Regierung werbewirksam von Botha und Kumpanen abrücken; und schließlich hielt mann sich durch den UN-Eiertanz politische und wirtschaftliche Möglichkeiten offen, und sei es nur über Verbündete (wie z.B. die BRD). Im Übrigen konnten sich nur die skandinavischen Länder zu Maßnahmen entschließen: Schweden und Dänemark verhängten ein absolutes Handelsverbot, Norwegen verbietet den Rohöltransport seit 87. Die Stadt Enschede (NL) forderte im Namen von 92 westlichen Städten die Shell-Aktionärsversammlung 1988 auf, alle Verbindungen zum Apartheid-Staat aufzukündigen.

Im nichtstaatlichen Bereich gingen die Anti-Apartheid-Aktivitäten insbesondere von Kirchen und Gewerkschaften in den USA aus. Boykott-Aktionen haben dort eine besondere Bedeutung, da Shell in den Staaten 30% seines Weltumsatzes erzielt. Ein Kirchen-Verbund begann 1985 eine - teilweise erfolgreiche - Kampagne gegen 12 US-Konzerne, um sie zum Rückzug aus S.A. zu zwingen. Dieser Verbund schloß sich 1986 dem von der Vereinigten Minenarbeitergewerkschaft und der großen Bewegung "Befreit Südafrika" begonnenen Shell-Boykott an. Dieses Konzept wurde dann in Westeuropa von Kirchen, Gewerkschaften, unabhängigen Soli-Gruppen und militanten Gruppen aufgegriffen.

SHELL GEBLOCKT IN AMSTERDAM

Bereits seit 20 Jahren arbeiten die Anti-Apartheid-Bewegung der NL (AABN) und das Komitee Südliches Afrika (KZA) gegen den Rassistenstaat. Den letzten Höhepunkt fand die Bewegung, für die der niederländisch-britische Multi zum Synonym für Apartheid geworden ist, in einer großen Amsterdamer Demo im Juni 88. 50.000 zogen gegen Südafrikas Rassismus durch die Straßen. Anschläge auf Shell-Einrichtungen - vor allem Tankstellen - häuften sich. Im September 88 wurde das Komitee SUZA (Shell Uit Zuit-Africa) gegründet, ein Zusammenschluß von KZA, AABN, sozialdemokratischen Parteien, verschiedenen Gewerkschaftsgruppen, dem Dachverband der Gewerkschaften und außerparlamentarischen Gruppen. Im November 88 wurde eine 3-tägige Spektakelblockade für April 89 geplant, in deren Mittelpunkt der Amsterdamer Shell-Forschungskomplex, eine riesige Insel in Amsterdam, stehen sollte. Die Aktion sollte eine Kombination aus Blockade, Straßentheater, künstlerischen Aktionen, Demonstration, Infoveranstaltungen und Diskussionsabenden werden. Ziel war, ein breites Bewußtsein in der Öffentlichkeit zu schaffen über die stützende Rolle von Shell in S.A. Aber auch die Rolle der NL-Regierung gegenüber dem Apartheid-Regime sollte thematisiert werden. Ausgegangen wurde dabei von einem wachsenden Bewußtsein bei der nl. Bevölkerung, Druck auszuüben auf die konservative Regierung, die sich weigert, wirtschaftliche Sanktionen gegen S.A. zu verhängen. Ziel der Aktion war laut SUZA nicht, finanziellen Schaden anzurichten, sondern den gesellschaftlichen Druck auf den Konzern durch Image-Verlust zu vergrößern. Der Plan sah eine Steigerung der Aktionen vor, am ersten Tag eine spielerische, am dritten dann die wirkliche Blockade für einige Stunden. Das ganze war abgesprochen mit Polizei und Bürgermeister, der die symbolische Blockade genehmigte und den BlockiererInnen gar Sonderfähren zur Verfügung stellte, die vollständige Blockade aber verbot. Zwar sollte alles gewaltfrei ablaufen, daß es dazu jedoch nicht kam, dafür sorgte dann schon am 2. Tag die vom Bürgermeister geschickte Polizei. Mobile Einsatzkommandos (ME) knüppelten, schossen Gasgranaten in die Menge und ritten am Boden Sitzende nieder. Ähnliches wiederholte sich am dritten Tag. Fazit von SUZA:

"Außerdem hat die Blockade durch den brutalen Einsatz der ME's gegen Clowns und sitzende Menschen dem Image von Shell einen weiteren Schlag versetzt und auch manchem friedlichen Menschen die Augen geöffnet. Die königliche Muschel bekommt immer mehr Risse".

Weiteres Fazit: 20 Festnahmen, 5 Verletzte. Jedenfalls war das Spektakel Gesprächsthema Nr.1 in der Stadt, die Zeitungen berichteten regelmäßig und das Fernsehen strahlte jeden Abend einen "wohlwollenden" Bericht über den Stand der Ereignisse aus.

MILITANTE SOLIDARITÄT

Schon im Vorfeld der Blockade-Tage hatte es Konflikte zwischen SUZA und Teilen des antiimperialistischen Spektrums um die inhaltliche Ausrichtung von Anti-Apartheid-Aktionen gegeben. Der Brandanschlag am Vorabend der Blockade auf das Shell Thermo-zentrum in Hilversum wurde von vielen Blockade-AktivistInnen als "schlechter Publicity-Akt" angesehen, als ein "gemeiner Stoß gegen SUZA, ausgerechnet jetzt diese Aktion durchzuführen, selbst wenn es 'um die Diskussion anzuregen' geschah".





Die RARA (Revolutionäre Anti-Racistise Aktie), die sich als militante autonome Gruppen verstehen und im Zusammenhang mit der weltweiten Anti-Shell-Kampagne agieren, hatten schon im November 88 in DK, NL, der BRD und West-Berlin zeitgleich Sabotageaktionen gegen Shell durchgeführt: Zucker in Benzintanks geschüttet, Brandabschläge auf Tankstellen durchgeführt, Zapfschläuche zerschnitten.

In ihrer Hilversum-Erklärung vom 17.4.89 kritisiert RARA die weitestgehende Übereinstimmung der Blockade mit sozialdemokratischer Strategie, als Zeichen defensiver Politik. Sie machen deutlich, daß es ihnen "nicht darum geht, daß eine Blockade nicht richtig sein kann. Unsere Kritik richtet sich darum auch nicht gegen die Wahl der Mittel; eine Blockade ist nicht besser oder schlechter als ein Brandanschlag". Sie wollen die Aktionsformen nicht gegeneinandergestellt sehen, wie dies von Teilen der bürgerlichen Solibewegung auch akzeptiert wird:

"In den Niederlanden war es anfangs so, daß sich die kirchlichen und etliche legal arbeitende Gruppen von militanten Aktionen distanziert haben. Das hat sich aber verändert. Als immer offensichtlicher wurde, wie sehr Shell das Apartheid-Regime stützt und wie aktiv sich die Regierung hier für Shell einsetzt, und gleichzeitig schwarze Organisationen aus Südafrika Boykott-Maßnahmen gegen Shell gefordert haben, haben auch große Anti-Apartheid-Organisationen hierzulande gesagt: wir können verstehen, wenn Leute illegale Aktionen machen, um einen Multi in die Knie zu zwingen" (RARA in KONKRET).

Statt gegen die Aktionsform richtet sich die RARA-Kritik an die enge inhaltliche Bestimmung von Solidaritäts-Arbeit, die offenbar Probleme aufwirft bei der Vorstellung vielfältigerer Aktionsformen: "Daneben sind anhand dieser Aktionen Diskussionen geführt worden über die Perspektive von Widerstand und es ist probiert worden, mehr Zusammenarbeit und Kontinuität zu entwickeln. Diese notwendige Entwicklung führt SUZA nicht fort". Beispielhaft angeführt wird hierzu eine Konferenz zur Blockade-Vorbereitung, wo SUZA sich nachdrücklich weigerte, die Forderung "Rene vrij" (Freiheit für Rene) in diese Aktion aufzunehmen. Die Diskussion darüber wurde von SUZA abgewürgt mit der Bemerkung, daß die Forderung 'Mandela vrij' ja auch nicht gestellt würde. Rene - ein militanter Aktivist - war verurteilt worden wegen dem Vorwurf der "Organisierung von Aktionen, die durch große Teile der radikalen Bewegung unterstützt wurden. Beschuldigt der Mitgliedschaft an Gruppen, die sich in Publikationen/Erklärungen stets nachdrücklich als ein Teil der Bewegung hervorgehoben haben".

Kritik auch an der Ausrichtung der Blockade auf unbedingte Gewaltfreiheit: "Die Wahl für Gewaltlosigkeit, so wie sie getroffen wurde, ist nicht richtig für antiparlamentarische Politik auf allen Ebenen ... Zu unterstellen, daß einer Konfrontation mit der Polizei zu jeder Zeit aus dem Weg gegangen werden muß, weil 'Krawalle uns mehr schaden als Shell'(SUZA), verkennt den politischen Charakter des Einsatzes der Bullen. Wie die Verhältnisse nun liegen, ist die Wahl von van Thijn (Bürgermeister von A'dam), die Polizei einzusetzen, wenn die Blockade tatkräftig wird, nicht nur aus Erwägung der öffentlichen Ordnung. Das ist ein Versuch, die Blockade-Initiative innerhalb des sozialdemokratischen Spektrums zu zwingen. Radikale, revolutionäre Politik und die sogenannte öffentliche Ordnung sind nun einmal zwei unvereinbare Gegensätze. Eine der Zielsetzungen der SUZA ist Bewußtwerdung und Diskussion. Es wird ein Bild gemalt von Shell als totaler Feind, als das große Monster. Uns ist undeutlich, wie das zur Bewußtwerdung führen soll. Bewußtwerdung wofür denn? Der wichtigste Grund für eine sinnvolle Diskussion über Anti-Apartheid-Kampf fehlt nämlich. Denn weder Shell (oder welcher Multinationale denn noch) ist allein verantwortlich für die Instandhaltung von Apartheid und die Unterdrückung. Apartheid und Unterdrückung hängen noch immer von der Gunst der westlichen Staaten ab ...".

Entsprechend müsse sich Anti-Apartheid-Kampf auch verstärkt gegen die Politik des NL-Staates richten: "Das sieht nach der bewußten Auswahl SUZAs aus, die Rolle der westeuropäischen Staaten nicht betrachten zu wollen ... Eine Wahl, um nicht die Auffassung durchzusetzen, die sich gegen die Politik des NL-Staates richtet. Weil dann das breite Bündnis mit sozialdemokratischen Organisationen und Komitees in die Brüche gehen könnte, was auf Kosten der breiten Öffentlichkeit gehen könnte. In der Klemme sitzen, heißt das! Die Verbreiterung, die das SUZA-Komitee gemeint hat, ist keine Verbreiterung der antiparlamentarischen Politik. Das ist eine Verschiebung nach rechts, in Richtung Sozialdemokratie, auf Kosten der radikalen Teile der Bewegung ... Die Bündnispolitik des SUZA-Komitees entwickelt sich nicht auf der Basis der eigenen Kraft, sondern aus der Sicht heraus, daß wir die Sozialdemokraten nötiger haben als sie uns".

Die RARA wollen einen Anti-Apartheid-Kampf aus dem Bewußtsein heraus, daß die Kräfte, die diesen Rassismus stützen, dieselben sind, die die Wirklichkeit in Europa bestimmen: "So etwas wie die Anti-Shell-Kampagne ist für militante Gruppen ein Beispiel dafür, wie wir uns Internationalismus-Arbeit über die Ländergrenzen hinweg vorstellen. Shell eignet sich als multinationaler Konzern als Objekt so einer Kampagne hervorragend. Wir haben für diese Kampagne als radikale Linke zwei Ansatzpunkte: Zum einen geht es natürlich um Shell und dessen Engagement in Südafrika, und da haben wir ganz konkret das Ziel, den Konzern dort rauszuzwingen. Zum anderen thematisieren wir durch unsere Politik aber Shell und seine Funktion hier in Europa. Beispielsweise auf dem Energiesektor: Shell bringt südafrikanische Kohle nach Großbritannien, mischt sie dort mit britischer Kohle und bringt das dann billig auf den deutschen Markt. Damit werden vor allem Preise von Ruhrkohle unterboten - unter anderem davon eine Folge sind die Zechenschließungen im Ruhrgebiet ... Diese Aspekte, die Rolle des Konzerns im eigenen Land zu thematisieren und dagegen Widerstand zu leisten, hat die Anti-Apartheid-Bewegung erstmal nicht thematisiert: Die können sich die Revolution nur in Südafrika vorstellen, aber nicht, daß wir hier auch eine brauchen".

BOYKOTTERFOLGE UND GEGENPROPAGANDA

Fragt sich, ob nach ersten Jahren Shell-Boykott die Mobilisierung Wirkung zeigt. Shell selbst teilt dazu mit, 1987/88 seien die Umsätze in Schweden, NL gesunken, in GB und DK um ca. 7% (anzumerken, daß aufgrund der Vielzahl von einwirkenden Faktoren kaum zu bestimmen ist, welchen Anteil davon nun die Kampagne hat). Nur in Norwegen wurde von Shell mitgeteilt, daß der Konzern boykottbedingte Einnahmeverluste von einigen Millionen Kronen erlitten hat. Daneben Beschädigungen von über 120 Tankstellen in West-Europa.
Doch der Konzern will in Südafrika bleiben, um, nach eigenen Aussagen "zur demokratischen Entwicklung beizutragen" - vorerst jedenfalls, denn, so ein Vorstandssprecher, falls die vom US-Repräsentantenhaus beschlossenen Sanktionen Gesetz würden, müßte der Konzern die Frage des Rückzugs noch einmal erwägen. Vor dieser Entscheidung stand mann 1986 aufgrund des zunehmenden äußeren und inneren Drucks schon einmal. Doch im Gegensatz zu General Motors, IBM, Kodak, Esso und Barclay's Bank entschied sich Shell für Bleiben.

In Konsequenz dieser Entscheidung setzt der Konzern momentan auf Gegenoffensive, gibt sich fortschrittlich und erklärt öffentlich seine Ablehnung des Apartheid-Systems (ob in Absprache mit dem Regime erscheint dabei nicht unwahrscheinlich). In der Presse wurden Anzeigen neuen Typs geschaltet: "Shell befürwortet eine freie Presse", "Shell befürwortet die Vereinigungsfreiheit", hieß es da z.B. Seitdem äußert das Unternehmen kritische Worte zu Repressionsmaßnahmen des Regimes wie der Ausrufung des Ausnahmezustands oder zum jüngsten Verbot aller Anti-Apartheid-Organisationen - ohne jedoch von der Stützung von Ökonomie und Militär abzulassen.

Shell begründet sein Bleiben damit, daß es so mehr für die Überwindung des Apartheid-Systems tun könne. Ein Rückzug würde den Einfluß eines Unternehmens eliminieren, das "entschieden in Opposition zu Apartheid steht und für eine Veränderung arbeitet". Doch wie gezeigt ist es mit der Entschiedenheit so weit her nicht. Nach verbotenen Trauerfeierlichkeiten für verunglückte Kollegen wurden 2 Gewerkschafts-Funktionäre entlassen, den anschließenden Proteststreik konterte Shell mit 130 Entlassungen, Einsatz von Minenpolizei und Deportation schwarzer Arbeiter.

In den USA beauftragte Shell ein Beratungsbüro (mit einschlägiger Erfahrung für Nestlé und Union Carbide/Bhopal) mit der Erarbeitung einer propagandistischen Konteroffensive. Die gelieferte Studie empfahl Shell unter anderem, sich darauf zu konzentrieren, kirchliche Grup-

pierungen - die vermeintlich unentschlossensten Glieder der Bewegung - von Boykott- und Investitionsrückzugs-überlegungen abzubringen und die Diskussion über eine "Nach-Apartheid-Realität" zu fördern.

BRD UND SÜDAFRIKA

Bliebe die Frage nach dem Verhältnis der BRD zum Kap-Regime, bzw. jene nach dem Verhältnis der hiesigen Soli-Bewegung zum Befreiungskampf der schwarzen SüdafrikanerInnen.

Wenn überhaupt, dann treten hier vor allem kirchliche und gewerkschaftliche Gruppen an die Öffentlichkeit, mit Mahnwachen vor Banken, die in S.A. Geschäfte machen, mit Appellen zu Früchteboykott und Kündigung von Bankkonten; allen voran die Deutsche, die Dresdner und die Commerzbank sind hier zu nennen. 1982 bis 85 managten bundesdeutsche Banken 32% aller Anleihen weltweit für S.A.

Mit Aufrufen zu Tankboykott, Straßentheater, Infostände , sowie Appellen an Institutionen, Parteien und Verwaltungen wird von den Trägern der Aktionsdekade "Stoppt die Verbündeten der Apartheid" - einem Zusammenschluß von 24 vorwiegend kirchlichen Gruppen und Institutionen, auch die Anti-Apartheid-Bewegung - ebenfalls zum Shell-Boykott aufgerufen. Dabei weisen sie "ausdrücklich darauf hin, daß sie gewalttätige Aktionen (z.B. Beschädigungen von Shell-Eigentum) grundsätzlich ablehnen". In der umfangreichen und gut recherchierten Broschüre zur Aktionsdekade werden jedoch kaum Vorstellungen geäußert, wie eine entsprechende Mobilisierung aussehen soll, wie solche Aktionsformen möglichst vielen Menschen nahegebracht werden sollen, die Tips bewegen sich (außer dem Aufruf, sich in entsprechenden Gruppen zu organisieren) auf sehr individualistischer Ebene.

Die Liste der in S.A. aktiven BRD-Firmen liest sich wie ein who-is-who der deustchen Kapital-Crème:

Siemens (Militär, Nachrichtenanlagen, Elektrotechnik), der bundeseigene VW-Konzern, BMW, Hoechst und Bayer (Herbizide, Isektizide), STEAG (Atomforschung), Rheinmetall (Granatenabfüllung), Magirus (LKW), Daimler (Militärunimogs), Heckler&Koch (Gewehre), MBB (Hubschrauber + Schnellbootmotoren), Nixdorf, Howaldswerke/Dt.Werft (U-Bootpläne) ... sie alle halfen und helfen mit, die schwarze Bevölkerung zu unterdrücken und auszupressen, Namibia besetzt zu halten und große Teile Angolas und Mosambiks zu zerstören. Einige der Unternehmen zählen nach s.a. Gesetz zu "Schlüsselunternehmen", die ihren eigenen Werksschutz unterhalten müssen, der mit staatlichen Sicherheitsorganen zusammenarbeiten muß. Ihre Betriebe und Produktionen werden im Falle des Notstands vom Regime übernommen, eine Bedingung, die die Unternehmen akzeptiert haben.

Als sich nach dem Jahr der großen Unruhen (1976) westliche Staaten zurückhalten oder zurückziehen mußten, sprang vermehrt die BRD in die Bresche. Während sich anderswo das wachsende Bewußtsein über die Zustände in S.A. in öffentlichen Druck ummünzte, konnten sich BRD-Kapital und -Regierung sogar leisten, Japan als größten Handelspartner Südafrikas abzulösen - eine breitere linksradikale Solidaritätsbewegung ist indes kaum zu erkennen. Daran konnten auch die Sabotage-Aktionen der antirassistischen RARA-Gruppen nichts ändern. Ihre vergangenen Herbst zeitgleich in Mitteleuropa durchgeführten Aktionen, vermochten der hier "insgesamt recht schwachen" Anti-Apartheid-Bewegung (so RARA) nicht den beabsichtigten "Impuls" zu geben. Obwohl bei der Shell-Tochter Minerva dabei ein Sachschaden in Millionenhöhe entstand, gab es eine Art Nachrichtensperre, womit die Bedeutung der Anschläge runtergespielt werden sollte. Auf jeden Fall soll verhindert werden, so RARA, daß so ein Widerstand Nachfolgeaktionen auslöst und wie in NL z.B. überschwappt.



AUSBLICK

Fragen sich nun möglicherweise besorgte linke IndividualverkehrsteilnehmerInnen, was denn künftig überhaupt noch moralisch tankbar sei? Denn BP und genannte andere sind ebenfalls gut im s.a. Geschäft, Texaco provoziert mit seiner Umweltzerstörung per Bohrinsel im Wattenmeer den Widerstand von Tier- und PflanzenschützerInnen und auch Exxon (bürgerlicher Name: Esso) sieht sich nach der Havarie in Alaska (März 89) einem breiten Boykott von US-BürgerInnenrechts-Organisationen gegenüber.

Bleibt die von einem RARA-Mitglied im Interview geäußerte Perspektive: Südafrika und Shell "auszusuchen war ja keine theoretische Arbeit, sondern hatte vor allem damit zu tun, daß diese Kampagne angelaufen ist und daß wir davon überzeugt sind, daß es gelingen kann, Shell tatsächlich zum Rückzug aus Südafrika zu zwingen. Diese reale Perspektive, unsere Forderungen durchzusetzen, ist uns ziemlich wichtig. Der Rückzug von Shell wird einen Domino-Effekt haben: Dadurch, daß Shell eine der wichtigsten Stützen des Regimes ist, wird sein Rückzug den Befreiungskampf dort ein entscheidendes Stück vorantreiben, und es kann nicht einfach ein anderer Mineralölkonzern an Shells Stelle treten, weil ihm klar sein wird, daß es ihm genauso ergehen wird wie Shell. Eine weitere wichtige Überlegung ist, daß das Ende des Apartheid-Regimes Auswirkungen auf die konterrevolutionäre Politik im ganzen südlichen Afrika und letztlich der ganzen Welt haben wird. Erfolg im Kampf gegen Shell wird ein Katalysator im Kampf gegen die Macht der Multis überhaupt sein. Und deshalb möchten wir mit unseren dänischen GenossInnen sprechen: KILL A MULTI!".

Benutzte Texte:

* KONKRET 5/89 * RADIKAL 137, Mai 89 * STOPPT DIE VERBÜNDETEN DER APARTHEID, Materialheft zur Südafrika-Aktionsdekade 89 * TAZ 22.4.89 * SUZA-Info-Material

SCHWEMME - SCHWAMM-DRÜBER - SCHWEMME - SCHWAMM-DRÜBER - SCHWEMME

Nun ist es endgültig vorbei mit unserer alten Fledermaus-Kaschemme

in der Manteuffelstraße.aber das macht nichts,wir machen weiter in der Falckensteinstraße,im Falckeladen.Unser Konzept bleibt das Gleiche wie gehabt in den letzten Jahren:die Kohle wird weiterhin für Knastarbeit ausgegeben.Nach einigen Namensänderungsversuchen,wie z.B. "zur fröhlichen V-SAU" oder "Schwamm-drüber", nennen wir uns schon wieder Schwemme,aber es hat sich schon etwas geändert.So arbeiten wir jetzt ohne verbeamtetes Personal (einige können sich an einen blonden xt-fahrer erinnern,der sich als zuverlässige Thresenkraft verdient gemacht hatte,sich aber als schwein entpuppte).
Da wir insgesamt auch aus anderen Gründen geschrumpft sind (z.B. Zeitmangel) machen wir jetzt an zwei Tagen in der Woche,donnerstags und freitags ,jeweils ab 21 Uhr weiter.....
Donnerstags werden wir regelmäßig ab 21.30 videos zeigen.Unsere erste Reihe beschäftigt sich mit Knast,um die Ereignisse und Diskussion der letzten Monate weiterzuführen

Do.3.8.89, 21.30 "Wir müssen noch viele Bettlaken zusammenknoten"
45min,SW, Andrea Käseberg,Perta Stumpfl
Berlin 1983,
wie an Frauen,die wegen BTM-Vergehen verurteilt sind,der Stufenvollzug und die Sonderbehandlung in der Lehrter Str. erprobt wurde,zur Zeit als die Plötze gebaut wurde.Interviews mit ehemals gefangenen Frauen und Spielscenen mit einem Gefängnispsychologen,der die Ursachen von Frauenkriminalität erklärt.
(Diskussion mit Frauen aus der Plötze anschließend)

Do,10.8.89, 21.30

HUNGERSTREIK - ISOLATIONSHAFT

Videowerkstatt Kanzlei, Zürich
Schweiz 1987, 11 Min.

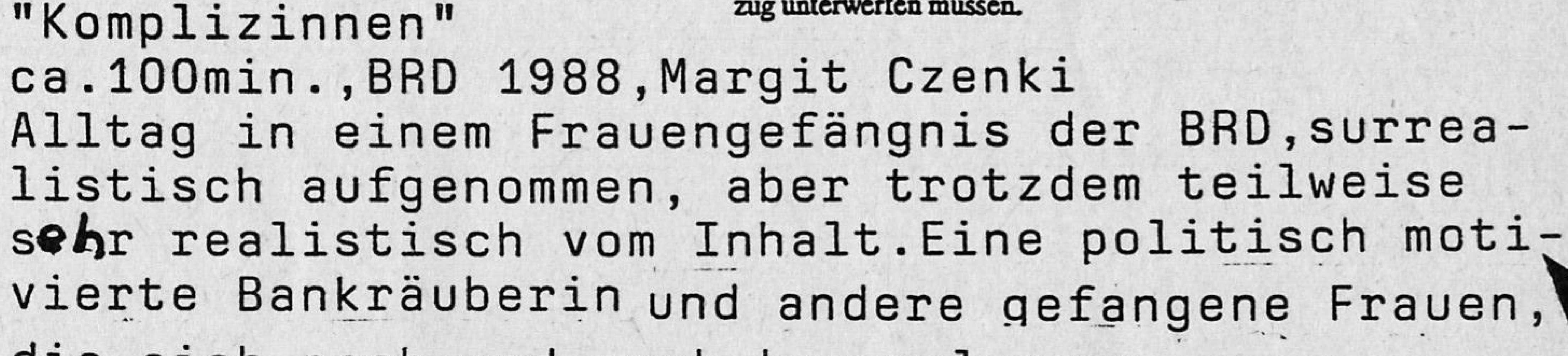
Im Hochsicherheitstrakt in Regensdorf befindet sich Walter Stürm seit dem 10. März 1987 im unbefristetem Hungerstreik. Sein Gesundheitszustand verschlechtert sich von Tag zu Tag. Ein Hungerstreik wie Walter Stürm ihn macht, ist ein Kampf um Leben und Tod.
Ein Versuch, das Wort Isolation in Bild und Ton umzusetzen.

23 STUNDEN

Ulrike Bratke, Christiane Heckes, Christian Hoffmann
BRD 1988, 57 Min.

Der U-Haftgefangene gilt vor dem Gesetz als unschuldig, dennoch wird er 23 Stunden allein in einer Zelle eingesperrt und darf höchstens alle 14 Tage für eine halbe Stunde Besuch erhalten.
Die U-Haftbedingungen sind bewußt härter geregelt als die der Strafhaft. Der U-Haftgefangene soll geständig gemacht werden und/oder auf eine Revision verzichten.
Sechs ehemalige U-Häftlinge, die eine Haftzeit von 14 Tagen bis zu über7 Jahren hinter sich haben, schildern die Bedingungen der U-Haft in West-Berlin. Die Männer werden in dem über 100 Jahre alten Gefängnis in Moabit in strenger Einzelhaft gehalten, während sich die Frauen in dem modernen und hochgesicherten Gefängnis in Plötzensee dem "therapeutischen" Wohnvollzug unterwerfen müssen.

DO,17.8.89, 21.30 "Komplizinnen"
ca.100min.,BRD 1988,Margit Czenki
Alltag in einem Frauengefängnis der BRD,surrealistisch aufgenommen, aber trotzdem teilweise sehr realistisch vom Inhalt.Eine politisch motivierte Bankräuberin und andere gefangene Frauen, die sich nach und nach kennenlernen und sich solidarisieren.







TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE

DO 27.7. 16.30 MieterInnen- und HäuserkampfAKTIONSPLENUM Nostizstr.49 aba .lich!

21 + 23 Uhr Kino im KOB: Feuer aus den Bergen

FR 28.7. 20.00 Veeranstaltung zum Massenurteil gegen Devrimci Yol im Mehringhof

SA 29.7. ab 14 Uhr Hoffest gegen Räumung in der Lindenstr. 40/41
ab 21 Uhr Kiezdisco Steps Großbeerenstr.64

SO 30.7. 14.00 Kiezküche im Syndikat mit Film zur Hafenstr. (Bauwagenräumung)
20.00 Film im Ex Im Zeichen des Kreuzes BRD 83 Spielfilm um einen Atomunfall nach den Einsatzplänen der Bundesregierung gedreht.

20.00 A-Laden, Rathenower Str. Film von L.Malle:Auf Wiedersehen,Kinder

Mi 2.8. 19.30 ÖTV-Haus, Joachimstaler 20 Strafvollzug in Berlin
"Wir,ein Kreis von Refgerendarinnen un Referendaren haben uns dazu entschlossen, die Diskussion über Sinn/Unsinn und Realität des Strafens bei uns Juristen, die wir in der Ausbildung nur in der unkritischen Anwendung von Strafnormen auf Lebenssachverhalte gedrillt werden, auf die Tagersordnung zu setzen."

18.00 JobberInnenplenum im Drugstore, Potsdamerstr. 180

2.8. + 3.8. Kino im KOB 21 + 23 Uhr Frauen hinter der Front

Frauen hinter der Front- Mujeres de la frontera

INCINE/Ivan Arguello, Nicaragua, 1987, Spielfilm

Sie kamen aus den Bergen, ihrer Heimat beraubt durch den Krieg. Die Männer wurden an die Front eingezogen, w ährend sie allein ums Überleben kämpfen mussten.
Dieser erste nicaraguanische Spielfilm erzählt eine wahre Geschichte, gespielt von LaiendarstellerInnen. Das Drehbuch entstand in Zusammenarbeit mit AMNLAE, der Frauenorganisation.

EL LOCCO

Tag		Programm	Zeit
27. Do.	16mm kino	"Die Brücke" BRD 1959, s/w, 104 Min. Bernhard Wicki	19.00
	Theater	"Verrückte Kinder" Theaterstück von Dirk Josczok, Produktion Resonanz	21.00
	16mm kino	"Leben nach Moas Maß" und "Chineschische Notizen" 1964/1967, Gesamtlänge 95 Min.	23.00
28. Fr.	Theater	"Verrückte Kinder" Theaterstück von Dirk Josczok, Produktion Resonanz	21.00
	GROSS video	"Double Indemnity" USA Color, 107 minutes Fred MacMurray Orginal	23.00
29. Sa.	Theater	"Verrückte Kinder" Theaterstück von Dirk Josczok, Produktion Resonanz	21.00
	GROSS video	"Ferewell my Lovely" USA Color, 95 minutes Robert Mitchun Orginal	23.00
30. So.	GROSS video	"1984" GB 1984, 111 min. Michael Radford	19.00
	Theater	"Verrückte Kinder" Theaterstück von Dirk Josczok, Produktion Resonanz	21.00

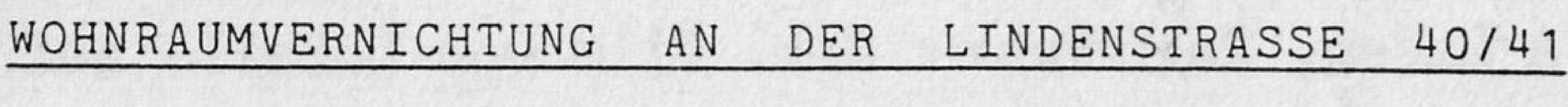


Am Freitag 28.7.89 um 20.00
Häuserkampf-VV im
Mehringhof (s.Flugi im Heft)

laden zum

BewohnerInnen der Lindenstraße und MieterInnen- und Häuserkampfplenum

HOFFEST IN DER ALTEN FEUERWACHE

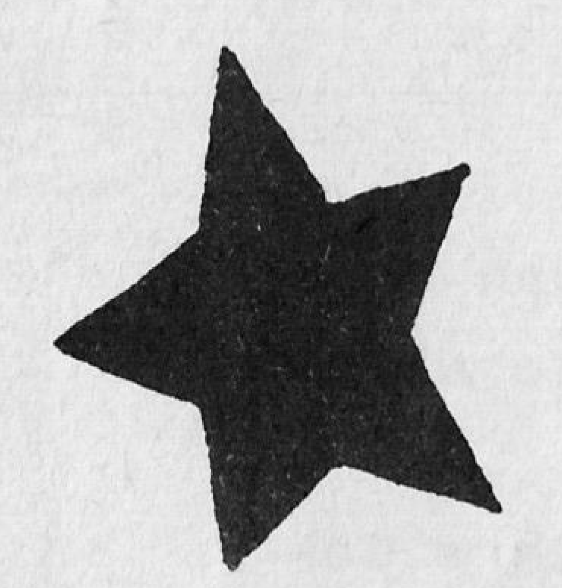




WOHNRAUMVERNICHTUNG AN DER LINDENSTRASSE 40/41

Die Alte Feuerwache wird seit 1969 ständig von ca.70 Personen bewohnt.Obwohl das Bezirksamt Kreuzberg und der jetzige Mieter des Gesamtkomplexes, der Bund Deutscher PfadfinderInnen,den BewohnerInnen wiederholt die vertragliche Legalisierung des Wohnraumes versprochen haben,leben die Wohngruppen hier wie eh und je als Vereine mit Nutzungsverträgen.

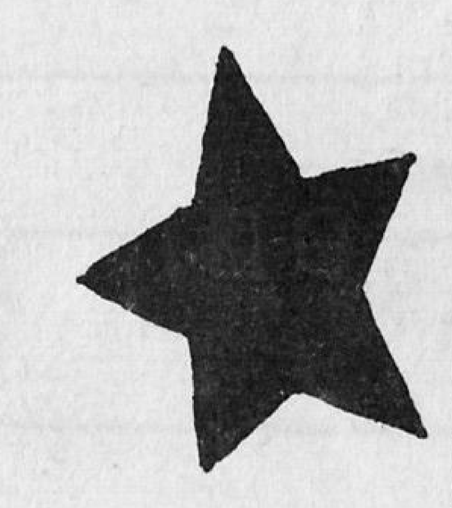
Anlässlich einer IBA-Tagung (1985) wurde die Alte Feuerwache als Standort für die Unterbringung eines Jugendfreizeitheimes für die südliche Friedrichstadt entdeckt. Der Besitzer des Hauses,das Bezirksamt Kreuzberg konnte dieses Projekt nicht alleine finanzieren und fand den BDP als finanzkräftigen Träger für die restlichen zwei Drittel Geschossfläche. Der BDP plant auf dieser Fläche eine Kiezbegegnungsstätte mit Übernachtungsmöglichkeiten für BerlinbesucherInnen.



Die BewohnerInnen mußten der Konzeption zustimmen, die Wohnraumfläche derer, die nicht auf die Verhandlungen eingingen und das Haus verlassen mußten, fiel dem BDP zu. Das heißt, von rund 70 Menschen beanspruchen heute nur noch 23 Leute Wohnraum. Diese schlossen 1986 Nutzungsverträge mit dem BDP bis 1992 ab.

Seit nun fast drei Jahren wird der drohende Baubeginn angekündigt! Seit nun fast drei Jahren verlassen diejenigen, die nur Zwischennutzungsverträge besitzen schön brav das Haus! Im letzten Herbst standen vier Etagen leer, weil nun laut BDP der Baubeginn unmittelbar bevor stehen sollte.Aber nichts passierte!

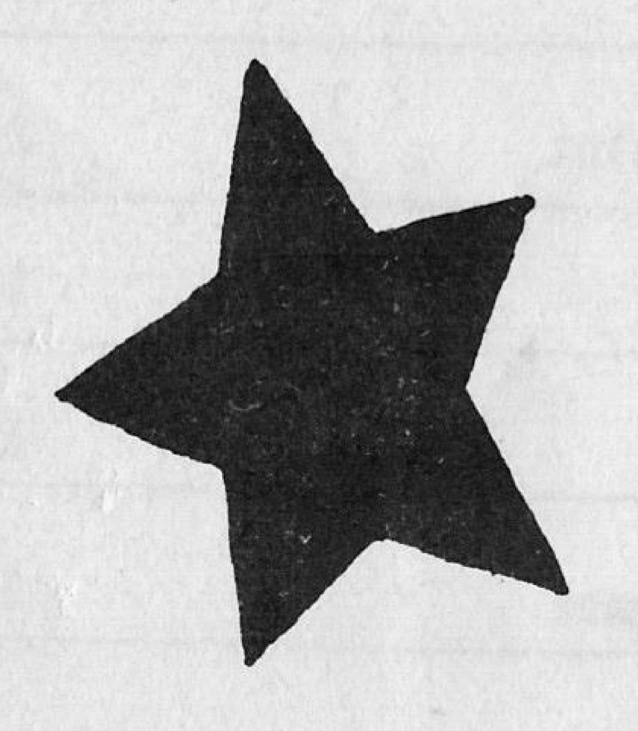
Nur auf Druck der BewohnerInnen, ließ sich der BDP auf weitere Zwischennutzungsverträge ein. Da die Wohnungsnot in Berlin groß war und ist, füllte sich das Haus wieder im Nu.
Zum 30.4.89 wurde den ZwischennutzerInnen erneut gekündigt.
An der Lage auf dem Wohnungsmarkt hat sich aber nichts geändert.
Etwa 40 Menschen droht deshalb der Weg in die Obdachlosigkeit.



Trotz intensiver Verhandlungen mit dem BDP und dem Bezirksamt ist es uns nicht gelungen, die Betreffenden von der Notwendigkeit der Wohnraumerhaltung zu überzeugen.
Im Gegenteil, die Herrschaften beharren auf der Notwendigkeit des Baus, sie wollen das Projekt auf jeden Fall durchziehen auf Kosten der 40 ZwischennutzerInnen!

Wir lassen uns das nicht länger gefallen!
Wir bleiben, obwohl uns die Räumungsklagen schon erreicht haben!

KOMMT ZU UNSEREM HOFFEST, HELFT UNS UNSEREN WOHNRAUM ZU ERHALTEN!!!



AM 29.JULI 1989 ab 14 UHR !!!

in der LINDENSTRASSE 40/41 in 1/61

MALÄKTSCHN*VOLXKÜCHE NATÜRLICH***LINKE LIEDER ZUR QUETSCHE***KINDER UND GAUKLER
*INFOS VON UND GESPRÄCHE MIT WESTBERLINER MIETERINNEN- UND HÄUSERKAMPFGRUPPEN******
****HIRNWASSERABSENKUNG (PUNK)***FILME IN DER DUNKELHEIT***TOLLES GETRÄNKEANGEBOT**